



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

111 (6.3.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190344](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190344)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Götterhaus, Verlagsredaktion für Politik: Dr. Fritz Götterhaus, für Wirtschaft: Dr. A. Wabers, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Friedrich Schönbauer, für Druck: Dr. A. Pisch, für Anzeigen: Karl Hösel, Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. & T. Drayg-Str. 2, General-Anzeiger Mannheim, Postfach-Konto Nr. 12566, Hauptstraße 10, Baden. — Schreibezeit: Nr. 7040 7046

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Kolonnezeitung 1,20 Mk., ausm. 1,50 Mk., Sonntag und Feiertage 2,00 Mk., Nacht, Beilagen III. 5.—, Annoncenpreis: für das Blattblatt vorm. 4.—, Uhr, für das Blattblatt vorm. 7.—, Uhr. Für Anzeigen zu bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben nach dem Ortswortlaut überkommen. Belegpreis: 20 Mannheimer und Umgebung monatlich III. 6.—, einschließlich Briefporto. — Druckerei: Druckerei Dr. Haas, Mannheim, Hauptstraße 10, Baden. — Schreibezeit: Nr. 7040 7046

Die Revision des Friedens.

Paris, 5. März. (Fig. Draht.) Lord Curzon hat nach der politischen Wochenschrift „Opinion“ dem französischen Publizisten Raudeau wichtige Mitteilungen gemacht, namentlich über die Revision des Friedensvertrags von Versailles. Er sagte u. a.: Unter allen Umständen wird uns, Franzosen und Engländer, immer der Gedanke an den gemeinsam durchgeführten Kampf mit treuer Freundschaft erfüllen. Der Krieg ist nunmehr vorbei und man muß den Todsachen männlich ins Auge sehen. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, Schlachten zu gewinnen, sondern Europa wiederherzustellen. Wenn Mitteleuropa zusammenbricht, so bedeutet das für uns eine Katastrophe, die unsere ganze Kultur mit sich reißen könnte. Alle Staaten Mitteleuropas stehen am Rand des wirtschaftlichen Abgrundes, und unter diesen Staaten ist Deutschland der wichtigste. Darum müssen wir verhindern, daß Deutschland zusammenbricht. Eine Revision des Vertrages ist nicht direkt notwendig, ich möchte aber von einer Berichtigung gewisser Bestimmungen sprechen. Man kann z. B. die Summe, die Deutschland zahlen kann und muß, nicht länger verheimlichen. Diese Summe muß beschränkt werden. Wir können nicht zwei entgegengesetzte und sich widersprechende Absichten verfolgen, nämlich Deutschland zahlungsunfähig zu machen und von ihm Zahlungen verlangen. So oder so, Deutschland muß sich wieder aufrichten können. Ich rede als aufrichtiger Freund Frankreichs. Wenn Frankreich als Kompensationsmittel das linke Rheingebiet behält, so würde Frankreich sich damit nur eine schwere Last aufbürden, indem es sich eine fremde Bevölkerung anhängt.

Druck auf Wilson.

London, 5. März. (Fig. Draht.) Aus Washington wird der „Morning Post“ telegraphiert: Nachdem sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt hat, daß die Republikaner fast genug seien, um ihr Programm im Senat durchzudrücken, wird neuerdings versucht, einen Druck auf den Präsidenten auszuüben, um ihn zur Zustimmung zur Ratifikation des Versailler Vertrages mit Vorbehalt zu bewegen. Selbst der Schwiegerjohn Wilsons, Mac Adoo, versucht den Präsidenten zur Annahme des Vertrages zu bewegen, unter dem Hinweis nicht bloß auf das allgemeine Wohl der Welt, sondern auch auf die Möglichkeit, den Erfolg der Demokraten bei den bevorstehenden Wahlen zu sichern. Andere einflussreiche Mitglieder der demokratischen Regierung wenden ebenfalls dieses Argument an und weisen darauf hin, daß, wenn der Vertrag infolge des Verhaltens des Präsidenten nicht angenommen werde, nicht die Republikaner, sondern Wilson für die Folgen verantwortlich gemacht würde. Bis jetzt scheinen jedoch alle diese Bemühungen auf Wilson keinen großen Eindruck gemacht zu haben.

Die Neutralen und der Völkerbund.

Haag, 5. März. (B. B.) Dem Korrespondenzbüro ist die niederländische Erste Kammer den Vorschlag betr. den Vorbehalt bezüglich des Beitrittes der Niederlande zum Völkerbunde mit 31 gegen 2 Stimmen angenommen.

Stockholm, 5. März. (B. B.) Die zweite Kammer des schwedischen Reichstages stimmte mit 152 gegen 67 Stimmen für den Beitritt in den Völkerbund.

Deutschland und das bolschewistische Rußland.

Regierungsrat Freiherr von Rheinbaben schreibt uns: Unsere Haltung gegenüber dem bolschewistischen Rußland, die ja durch die Schwächung der Entente politisch notwendig eine gewisse Veränderung erfahren hat, wird in diesen Tagen eifrig erörtert. Da sich auch mißverständliche Auffassungen geltend machen, ist es nötig, die Motive, von denen wir uns leiten lassen müssen, die Tragweite und die Grenzen unseres Vorgehens klarzustellen.

Die Absicht, in nähere politische Beziehungen zur Sowjetregierung zu treten, besteht nicht und kann nicht bestehen. Nicht etwa deshalb, weil uns die innere Politik der Sowjetregierung mißfällt; das ist natürlich in allerhöchstem Grade der Fall. Aber es ist eine russische Angelegenheit und kein Bestimmungsgrund für unsere auswärtige Politik, die lediglich von deutschen Gesichtspunkten und Interessen ausgehen hat. Wenn wir trotzdem jede politische Annäherung an die Sowjetregierung auf das allerentschiedenste ablehnen, so deshalb, weil wir vorläufig annehmen müssen, daß die auswärtigen Ziele des Bolschewismus nach wie vor auf die Weltrevolution im Leninischen Sinne, und damit auch auf die Zerstörung unserer eigenen inneren Ordnung und Wohlfahrt gerichtet sind. Es ist dabei gleichgültig, ob der Bolschewismus diese Ziele durch einen militärischen Angriff von außen oder durch die Fortsetzung einer bestehenden Propaganda im Innern zu erreichen sucht. In beiden Fällen ist er unser Feind, gegen dessen Aktionen wir uns mit äußerster Kraft zu wehren haben. So lange der Bolschewismus die Weltrevolution anstrebt, d. h. so lange er an dem steht, was bisher sein eigentliches Wesen ausgemacht hat, kann es für uns einen wirklichen politischen Frieden mit ihm nicht geben. Nun haben die Sowjets zunächst den Entente-Ländern, dann auch uns einen begrenzten Warenaustausch angeboten. Die Entente ist auf dieses Angebot eingegangen und seine Durchführung wird vorbereitet.

Wird Deutschland aus soll eine private wirtschaftliche Studienkommission nach Rußland geschickt werden, um sich über die tatsächlichen Möglichkeiten eines solchen Austausches zu unterrichten; vor allem auch um festzustellen, ob die Warenmengen, die Rußland anbietet, wirklich vorhanden und für die Ausfuhr verfügbar sind. In der Entscheidung einer solchen Kommission liegt selbstverständlich noch nicht die gesetzmäßige Unterzeichnung des bolschewistischen Regimes. Sie läge auch nicht in der Durchführung des Warenaustausches, — zumal wenn, wie ja anzunehmen ist,

gleichzeitig ein solcher Verkehr in größerem Umfang von der Entente eingeleitet würde. Wäre der Bolschewismus durch einen begrenzten Warenaustausch zu retten, so wäre er nicht die Entartung, als die wir ihn ansehen. Beurteilen wir den Bolschewismus richtig, so muß er an der inneren Unmöglichkeit seiner Maximen und Methoden zusammenbrechen — auch wenn wir ihm ein wenig Nachsicht oder Haas abnehmen, die wir sehr gut gebrauchen können, und dafür den russischen Bauern landwirtschaftliche Geräte liefern, die sie dringend benötigen. Wir haben politisch mit dem Bolschewismus nichts zu tun und wollen nichts mit ihm zu tun haben; aber wir müssen in unserer bedrängten Lage für uns nützliche Geschäfte abschließen, wo immer sie sich bieten, und wir haben keinen Anlaß, wirtschaftlich mit Rußland später in Berührung zu treten, als die Länder der Entente. Rußland wird sein, wenn der Bolschewismus längst nicht mehr ist, und wir werden dann ökonomisch — später vielleicht auch politisch — aufs engste mit ihm zusammenarbeiten müssen. Warum sollen wir uns beschädigen und begrenzte Anfänge dieses Zusammenarbeitens versagen? Notdürftig dürften wir nicht so weit gehen, daß wir durch unsere Hilfe das gegenwärtige russische Regime fruchtbar und lebensfähig machen; aber davon kann ja, wie gesagt, auch nicht im entferntesten die Rede sein.

London, 5. März. (B. B.) Reuter. Daily Express meldet aus Konstantinopel, daß sich das dritte Kubankorps den Bolschewisten angeschlossen und Jekaterinodar eingenommen hat. Es wurde berichtet, daß der Chef der britischen Mission bei Demirin, General Holman, gefangen genommen wurde.

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Berlin, 5. März. (Von unserem Berliner Büro.) Das Gesetz über die Verfolgung von Kriegsverbrechen, das man neuerdings bei Leipzig nennt, ist gestern in 3. Lesung verabschiedet worden. Der Anna me des Gesetzes ging eine allgemeine Aussprache voraus. Der Sprecher der deutschen Volkspartei, der verehrte und verehrungswürdige Prof. Kahl machte sich mit ein wenig anderen Worten alle Ausführungen zu eigen, die am Donnerstag Herr Schiffer bei der Einleitung der Debatte vorgelesen hatte. Herr Kahl trat in seiner Rede dann noch, ob die Regierung denn auch auf die Entente vom 5. und 13. Februar eine deutsche Antwort geben würde. Er erkundigte sich auch nach der deutschen Gegenliste.

Das rief den Minister des Auswärtigen Hermann Müller auf den Plan, der freilich seiner Bergegenheit und geistigen Struktur nach nicht recht zum Sprechen geeignet ist, wie es der gegenwärtige Anlaß erfordert. Immerhin war seiner Ausrufung zu entnehmen, daß der Antwort, die deutscherseits noch ergehen soll, der Ton nationaler Würde nicht fehlen wird. Der Ruf nach der deutschen Gegenliste sei nur zu verständlich, er entspreche dem Gerechtigkeitsgefühl unseres Volkes. Aber es sei nicht praktisch, diesen natürlichen Reizungen schon jetzt Folge zu leisten. Schließlich müßten wir uns darüber klar sein, daß diese deutsche Liste ein Mittel der Propaganda bleibe, der Propaganda zunächst lediglich von den neutralen Staaten, denn die Entente, die sich von Erwägungen des Rechts, sondern ausschließlich von ihrem Machtbestreben leiten läßt, würde ihre Kriegsverbrechen doch nicht vor die Schranken bringen. Wir in Deutschland aber müßten ohnehin die Folgen im besetzten Gebiet bei unserer unglücklichen und vergewaltigten Bevölkerung spüren. Der praktische Gewinn wäre also, wenigstens für den Augenblick, äußerst gering. Dagegen könnte eine solche Liste leicht den Erfolg haben, neue Klammern um die Entente zu schmieden. Damit aber wäre uns kaum gedient. Indessen, auch unser Material liege bereit und wenn — wir haben das hier schon mehrfach gesagt — der Moment es erfordern sollte, werden wir auch von dieser Waffe Gebrauch machen.

Am Schluß der Sitzung wandte sich das Haus der Beratung der Landessteuergesetze zu und erledigte die ersten fünf Paragraphen. Die Weiterberatung erfolgt heute.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Berlin, 5. März. (B. B.) Wie die Abendblätter melden, prüfte der parlamentarische Untersuchungsausschuß heute in seiner Gesamtsitzung u. a. die Frage, inwiefern die Tätigkeit des ritten und vierten Untersuchungsausschusses sich dem Verfahren des Reichsgerichts gegen sogenannte Kriegsverbrecher berechnen lasse. Bezüglich der Sache der Untersuchungsausschüsse ist, lediglich zu prüfen, ob Maßnahmen bei irgend einer Kriegsverbrecher Partei vorkommen könnten, die nicht während des Krieges, sondern im besetzten Gebiet mit den Einzelheiten gewisser Personen zu tun hätten, konnte man doch nicht bestreiten, daß beide Verfahren häufig mit einander konvergieren und sich kreuzen würden. Deshalb wird der dritte Untersuchungsausschuß, dessen Vorsitz der Abg. Dr. Landsberg der Abg. Kahlenstein übernommen hat, die Frage behandeln, was zur Unterbrechung der Front und des guten Willens der Truppen geführt hat. Der dritte Untersuchungsausschuß wird sämtliche Vorkommnisse als Arbeitsfeld übernehmen und zunächst die bereits begonnene Vorbereitungen über die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Feindesland und die Folgen der Blockade zu Ende führen.

Die neuen Preise für die nächste Ernte.

Berlin, 5. März. (Von unserem Berliner Büro.) Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den neuen Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der nächsten Ernte. Nach der Regierungsvorlage soll der Mindestpreis für Weizen 1100, Roggen 1000 und für Kartoffel 500 Mark betragen. Die Demokraten beantragten eine Erhöhung für Weizen auf 1200, Roggen 1100, die Deutschen eine Erhöhung auf 2000 und 1600. Das Zentrum beantragte, es zunächst bei der Regierungsvorlage zu belassen und die endgültige Preisfestsetzung bei der neuen Ernte vorzunehmen und dabei die entstehenden Produktionskosten zu berücksichtigen. Der Vertreter der Sozialdemokratie lehnte namens seiner Fraktion alle Anträge auf Preisserhöhung ab und bekämpfte die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Reichswirtschaftsminister ersuchte um unveränderte Annahme der Regierungsvorlage und wandte sich

gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für wichtige Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung könnte unabsehbare Folgen haben. Mit Hilfe der teureren ausländischen Lebensmittel ist es möglich, die jetzige Brotration bis zur neuen Ernte aufrecht zu erhalten. Der Antrag der Deutschnationalen wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt, der demokratische zurückgezogen und der Zentrumsantrag mit großer Mehrheit angenommen. Die so abgeänderte Vorlage wurde in der Abstimmung gegen vier Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

Wir fordern Auflösung der Nationalversammlung.

Unter dieser Überschrift schreibt die Nationalliberale Korrespondenz in einem auszugsweise bereits wiedergegebenen Artikel:

Die Deutsche Volkspartei hat gemeinsam mit den Deutschnationalen in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der die Mehrheitsparteien auf eine entscheidende parlamentarische und politische Gewissensprobe stellen wird. Der Antrag fordert, daß die Nationalversammlung, die ja beinahe ausschließlich lauter ist, sich zum 1. Mai auflöst. Die parlamentarische Vertretung, die sich das deutsche Volk im Januar 1919 gewählt hat, ist für die Erneuerung längst überreif geworden. Schon ihr Name gab ihr die Legitimation nur für eine begrenzte Zeitdauer. Sie sollte die verfassunggebende Nationalversammlung sein. Sie sollte die Grundzüge schaffen für die staatliche Neuordnung Deutschlands und dann ihren Platz dem Reichstag räumen. Diese Bestimmung lag von vornherein in ihrem Namen, so gut wie in ihrem Wesen und es ist in ähnlichen Fällen in der Geschichte nie anders gewesen, als daß die verfassunggebende, parlamentarische Vollvertretung alsbald einer Nachfolgerin Platz machte, die auf Grund von Neuwahlen die parlamentarischen Arbeiten in Angriff nahm. Die deutsche Nationalversammlung hat schon wesentlich ihre urförmliche Bestimmung überschritten. Inwiefern sich die Verlängerung ihrer Lebensdauer mit der Dringlichkeit gewisser nicht abzuwehrender Aufgaben vereinbaren läßt, ist der Zeitpunkt unweigerlich gekommen, in dem die Nationalversammlung sich selbst ein Ziel setzen muß, wenn sie nicht in den schärfsten Widerspruch mit dem Geist und Wesen der parlamentarischen Verfassung und mit den weitesten Schichten der Bevölkerung geraten will.

Das parlamentarische Regierungssystem erfordert eine unbedingte Übereinstimmung der politischen Geschäftsleitung mit dem Mehrheitswillen des Volkes. Jede Wahl, in jedem beliebigen Landestheil Deutschlands, beweist immer wieder von neuem, daß die heutige Volksstimmung sich nicht mehr mit derjenigen Mehrheit deckt, die im Januar vor dem parlamentarischen Mehrheitsverhältnis schuf. Inzwischen sind Ereignisse über das Land hinweggegangen, die das Volk in seinem tiefsten Innern aufgewühlt haben, und die von größter Bedeutung für die Bildung des politischen Urteils geworden sind. Dem deutschen Volke sind in den Monaten, die seit der Revolution verstrichen sind, die Augen weit aufgegangen, und es sieht heute die Dinge ganz anders an, als im Januar vorigen Jahres. Wenn man ihm heute noch die Mehrheitsverhältnisse der Nationalversammlung aufzwingt, so tut man damit den Anschauungen und dem Willen, von denen es heute befeelt ist, schlimmste Gewalt an. Darum ist es geradezu ein Verbrechen an dem Geist des parlamentarischen Systems, wenn sich Regierung und Mehrheitsparteien gegen die Anerkennung der wahren Volksmeinung sträuben, die ihnen aus jeder Wahl wie ein stammender Protest entgegen schlägt. Es ist Absolutismus im schlimmsten Sinne des Wortes, wenn Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum weiter regieren, ganz so, als sei ihre parlamentarische Herrschaft nicht längst bis in ihre Grundlage erschüttert. Wir fordern Neuwahlen, damit endlich der wahre Wille und die wahre Auffassung des deutschen Volkes wieder zur Geltung kommen.

Wir fordern auch Neuwahlen, damit endlich mit der Arbeit des positiven und praktischen Wiederaufbaues begonnen werden kann. Die parlamentarische Mehrheit, die heute die Regierung bildet, genügt weder die Autorität noch das Vertrauen, die unerlässliche Vorbedingung wirklichen positiven Schaffens sind. Das ist nur natürlich, denn jedermann weiß, daß sie sich ein Regierungsmandat anmaßt, das ihr längst nicht mehr zukommt. Jedermann weiß auch, daß diese Regierungsmehrheit nur mit der größten Mühe den Schein der Einheit nach außen hin aufrecht erhält, daß aber in ihrem Innern parteipolitische Interessengegensätze jedes fruchtbare Schaffen kranken. Deshalb liegt es auch offen zu Tage, daß diese Regierung völlig abgewirtschaftet hat und trotz aller zeitweiligen Scheinerfolge den Niedergang unserer Wirtschaft und unserer nationalen Entwicklung nicht aufhalten vermag. Soll endlich der Wendepunkt zum Besseren eintreten, so müssen unbedingt in kürzester Frist neue Regierungsgrundlagen geschaffen werden, die fest im Volkswillen wurzeln und der Regierung gestatten, mit Autorität und mit dem Anspruch auf Vertrauen im Innern und Ausland aufzutreten.

Diese Gründe sind schwerwiegend und durchschlagend und zeigen jede Kritik stichhaltig. Sollten sich die Mehrheitsparteien aus Angst vor der Abrechnung ihnen verschließen, so wird die Deutsche Volkspartei es sicher nicht daran fehlen lassen, ihrer Forderung den nötigen Nachdruck zu geben.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

Berlin, 5. März. Justizrat von Gordon führte in seiner Verteidigungsrede zum Fall Thyllen weiter aus: Die Frage ist die: Hat der Redakteur als Mitglied des Aufsichtsrates die erlaubte Grenze überschritten oder hat er sie überschritten. Was hat nun Erzberger getan? Thyllen hatte während des Friedens für seine Werke eine durchaus ausreichende Ertragskraft durch seine Arbeiten in der Romandie. Das war nach dem Kriege anders. Er mußte den Ausfall zu ergänzen suchen. Ist es nun nicht das alte Recht eines Wirtschaftlers, auch wenn er Parlamentarier ist, sich für einen solchen Ausgleich einzusetzen. Es war doch auch im Interesse des Vater-

landes, daß der Thyllen-Konzern produktionsfähig bleibt. Die Interessen der Firma Thyllen gingen doch parallel mit den allgemeinen Interessen. Geheimrat von Gordon erklärte dann eingehend die zahlreichen Eingaben der Firma Thyllen und die Forderung, die die Firma während des Krieges in Bezug auf das Erbsuchen von Preis und Bonang erhoben hat. Er gibt zu, daß sich Erbsuchen für die Firma eingestellt hat und kommt dann zu dem Schluß, daß die gegen Erbsuchen erhobenen Vorwürfe durchaus unrichtig seien. Die Tätigkeit Erbsuchens sei absolut korrekt gewesen; von einem Angelegenheitsverhältnis zwischen Erbsuchen und Thyllen könne durchaus nicht gesprochen werden, aber ebensowenig liege eine unerlaubte Vermischung politischer und geschäftlicher Interessen vor.

Der Rechtsbeistand geht dann auf den Vorwurf des Bestimmungswechsels ein, den er für absolut ungerechtfertigt hält. Zunächst habe er angenommen, daß der Angeklagte diesen Vorwurf wider besseres Wissen erhoben habe. Diesen Standpunkt könne er aber nicht mehr aufrecht erhalten. Geheimrat Gordon erwähnt dann die Zeugenaussagen Thyllens, wonach Erbsuchen keinen Austritt aus dem Vorstand selbst erhalte, weil er sich in politischen Fragen nicht zu Thyllens Ansicht bekennen konnte und sonst mit erheblicher Stimme; und das ist der Mann den man vorwirft, er habe seine politische Überzeugung verkauft.

Der Fall Berger hat meiner Ansicht nach mit der Verquickung von parlamentarischen und geschäftlichen Interessen nichts zu tun. Ich mache keinen Hehl daraus, daß das Angebot Bergers, Erbsuchen in seinen Aufsichtsrat treten, während noch das Schiedsgerichtsvorfahren schwebte, eine Unberechtigung und Unzulässigkeit war. Der Definitivität gegenüber stelle ich aber fest, daß es sich im ganzen nur um vier Fälle gehandelt hat, in denen eine Beteiligung tatsächlich erwiesen ist. Geheimrat v. Gordon weist dann auch in den übrigen Fällen die gegen Erbsuchen erhobenen Vorwürfe zurück und läßt fort.

Ich habe noch einen Fall zu erwähnen, aber nicht, um Herrn Erbsuchen zu verurteilen, sondern um zum Anlaß gegen Herrn Helfferich überzugehen, nämlich den Fall Wolf. Die hier vorgebrachten Umstände erklären sich so, daß in den schwersten Tagen, die die Regierung durchzumachen hatte, zur Zeit der Strafensätze in Berlin, Herr Strauß bischöflich eingegriffen ist, und der Regierung große Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, um die manfanden Truppen festzuhalten. Er hat dann seine große Arbeitskraft in den Dienst der Regierung gestellt und in durchaus überragender Weise dargestellt, daß nicht er die Regierung, sondern die Regierung ihn gesucht habe.

Dafür ist er Richter und später Geheimrat Regierungsrat geworden und daraus macht man nun so ungeheures Aufsehen, ohne zu erwägen, daß ein Mann von seiner Leistung an seinen Vorgesetzten nicht nur ein Beamter, sondern ein Beamter, der sich diese Würde im Laufe seiner Tätigkeit aber durchaus ehrenwürdiger Weise erworben hat. Er hat heute noch ein solches Ansehen, das nicht nur die Beamten, sondern die Regierung selbst nicht geringere Achtung vor ihm hat, als die Richter seine Überzeugung teilen werden.

Der Vorwurf und die Frage, wo hat Herr Erbsuchen seine Millionen her, ist durch den Diebstahl des Steuerbeamten als Wachen festgestellt. Es ist im ganzen ein Betrag von 200 000 Mark, der Herrn Erbsuchen gehört. Hätte dieser Mann mit seinen Fähigkeiten sich auf das Gewerbeleben geworfen, er wäre heute wohl ein Millionär. Als Parlamentarier ist er es nicht geworden. Eine Bewertung seiner Tätigkeit im Interesse der eigenen Klasse liegt ihm völlig fern.

Wie im Krupp-Prozess, wo wiederum sich in die Loge des vertriebenen Anführers warf und monoch uns das ganze Ausland auslacht, so habe ich heute das Gefühl, daß uns wieder das Ausland verhöhnt, weil wir in dieser trüben Zeit mit solchen unrichtigen und unbedruckten Beschuldigungen gegen einen Reichsminister herzutreten und diese Beschuldigungen des Besten erstehen.

Soweit es sich um den Vorwurf der Unmündigkeit handelt, hat es mir Herr Erbsuchen nicht ganz so leicht gemacht, ihn zu verzeihen, wie in den anderen Fällen. Das spreche ich rühmend aus. Aber wir dürfen eines nicht vergessen. Erbsuchen ist seit seinem 28. Lebensjahre im Parlamentarismus erwachsen geworden, was es weniger auf Erbsuchen als auf politische Werke ankommt und das ist auch bezeichnend dafür, daß er seine Worte nicht immer auf die Goldwaage legt. Aber gerade aus dem, was wir hier gesehen haben, acht meines Erachtens klar hervor, daß es sich um eine gewisse Schwäche handelt, daß aber nirgendwo bewiesene Unmündigkeit in Frage steht, so daß nur von einem Hang zur Unmündigkeit gesprochen werden kann. Wohl bin ich am Ende meiner Ausführungen. Herr Rechtsanwalt Dr. Friedländer wird auch in den anderen Fällen nachweisen, daß die von dem Angeklagten erhobenen Beschuldigungen durchaus unrichtig sind.

General Reinhard und Erbsuchen.

Berlin, 6. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die „Deutsche Zeitung“ enthält folgende Zuschrift: Zwischen General Reinhard und Herrn Erbsuchen hat nicht nur keine Freundschaft bestanden, sondern beide haben sich überhaupt nicht gekannt, bis Reinhard nach Berlin gerufen wurde. Obwohl beide Landsleute sind, haben keine anderen als rein amtlichen Beziehungen zwischen ihnen bestanden. Das ist begründlich, denn General Reinhard, als ein Mann von strengster Sachlichkeit

hat niemals die Neigung bezeugt, persönliche Beziehungen zu einer so viel beschäftigten Persönlichkeit wie Herrn Erbsuchen aufzunehmen.

Die Kollage der Zeitungen.

Berlin, 3. März. Mit begründeter Schnelligkeit hat die Preussische Landesversammlung die Anträge verschiedener Fraktionen auf die heutige Tagesordnung gestellt, die die kritische Lage im Zeitungsgewerbe zum Gegenstand haben. Ueber die Notwendigkeit energischer Maßnahmen aus Gründen wichtigster öffentlicher Interessen waren alle Parteien des Hauses vollkommen einig und diese Einmütigkeit wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, daß von den vorliegenden Anträgen der sozialdemokratische als der am weitesten gehende einstimmig angenommen wurde. Aus der Erörterung sei Folgendes hervorgehoben:

Es lagen drei Anträge vor: Graef, Anklam, (Drost.) beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, der drückenden Notlage des Zeitungsgewerbes dadurch abzuhelfen, daß der Preussische Staat sich die zur Herstellung von Zeitungspapier benötigten Holzungen den Papierfabriken zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen.

Dr. Friedberg (Denz.) beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung sofort alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den deutschen Papierfabriken zur Herstellung von Zeitungspapier vorzueilen, in ausreichender Menge und zu einem mäßigen Preise zur Verfügung zu stellen.

Lüdemann (Soz.) beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, die Reichsregierung sofort zu unterstützen, damit durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Bekämpfung des Wuchers im Holzhandel und ausreichende Bekämpfung der Papierfabriken mit preiswertem Rohmaterial, die Herstellung von Papier, namentlich von Zeitungspapier, verbilligt und durch wirksame Preiskontrollen im Papierhandel die Versorgung der Bevölkerung mit unerschwinglichen Papierwaren, Druckfachen und Zeitungen zu ermöglichen werden.

Dr. Waldenauer von der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß eine Verhöhung des Zeitungsgewerbes gerade jetzt die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte, denn niemals mehr als jetzt habe sich die Notwendigkeit der Unterstützung in der Öffentlichkeit als unerlässlich erwiesen.

Nach längerer Aussprache wurde der Antrag Lüdemann einstimmig angenommen.

Baden.

Die Uebernahme der badischen Eisenbahnbeamten nach dem Staatsvertrag.

Karlsruhe, 6. März. Der Staatsvertrag über die Uebernahme der badischen Eisenbahnen durch das Reich enthält eine große Zahl Bestimmungen, die die Uebernahme des badischen Personals in den Reichsdienst regeln. Es handelt sich hierbei um die §§ 25 bis 28. Darin ist u. a. vorgesehen, daß das Reich vom 1. April 1920 alle Eisenbahnbeamten sowie alle Angestellten und Arbeiter in seinen Dienst nimmt, soweit sie ausschließlich oder überwiegend in Eisenbahngeschäften tätig sind. Die Beamten sind berechtigt — was für die auch in den Reichsdienst übergehenden Eisenbahnbeamten bestimmt war — binnen drei Monaten nach der Uebernahme der Eisenbahnen nach dem Reich ihren Austritt in den Reichsdienst zu erklären. Die Landesregierung verpflichtet sich über, auch diese Beamten gegen Entgelt ihres Dienstverhältnisses durch das Reich zu versetzen, bis sie nach der Aufhebung der Reichseisenbahngewerkschaftskammern in den Reichsdienst übernommen werden können. Sollte ein Beamter länger als sechs Monate gegen seinen Willen auf seinen Reichsdienst verlassen werden, so entscheidet auf seinen Antrag ein Schiedsgericht über seine Klagen. In den weiteren Paragraphen wird die Uebernahme der Ausgehenden durch das Reich geregelt. Ferner ist in dem Staatsvertrag angedeutet, daß sich die Reichsregierung verpflichtet, Beamte, die nicht in den Reichsdienst übergehen wollen, innerhalb eines Jahres nach der Uebernahme der Eisenbahnen nach dem Reich zu versetzen, bis sie nach dem Reich in den Reichsdienst übergehen können. Die §§ 29 bis 31 sprechen von der Beschäftigung der Beamten der Beamten, von den Ruhegehältern, Beförderungsausstellungen und von der Wiederanstellung von Beamten im Reichsdienst. Nach § 32 ist in dem betr. Staat am 31. März 1920 unabhängiges förmliches Disziplinerverfahren nach dem Landesgesetz zu ergreifen. Das Verfahren wird nach dem Gesetz über die Disziplin und die Uebernahme der Disziplin- und Lohnverträge durch das Reich.

Im Schlußprotokoll zu dem Staatsvertrag über die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich wird bestimmt: Das Reich wird die Eisenbahnen dem Reich unter den gleichen Bedingungen, wie die Eisenbahnen einhellig übergeben. Falls es die Veranlassung der Eisenbahnübernahme ist, so wird vereinbart, wird es vor der Uebernahme des Landes durch das Reich den berechtigten Eisenbahnbeamten zur Stellungnahme geben. Das Reich wird die bisherigen Verbindungen der Eisenbahnstellen in den Ländern bis zur weiteren Anordnung erhalten. Die in Uebertragung begriffenen Stellenangehörigen sind den beamteten Beamten gleichzusetzen. Das Reich wird bei der Uebernahme der Eisenbahnen in den Ländern der allgemeinen Reichsbeamten auf die bisherigen Beamten der Länder möglichst Rücksicht nehmen. Das gleiche gilt für die Disziplinverfahren. Die Mitglieder der Eisenbahnen Disziplinverfahren der Länder erhalten im Reichsdienst den gleichen Stellen.

Landesversammlung des Badischen Bauernverbandes. Karlsruhe, 6. März. Die erste Landesversammlung des Badischen Bauernverbandes findet am 10. März im großen Saale der Reichshalle in Karlsruhe statt. Es haben nur Mitglieder des

Badischen Bauernverbandes und deren Angehörige Zutritt. Die Tagesordnung enthält einen Geschäftsbericht, die Verträge über die Tätigkeit der badischen Nationalversammlung und des badischen Bauernverbandes, die Beschlußfassung über die Erstellung des Badischen Bauernverbandes zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Besprechung der Bodenfrage und der Bodenbesitzfrage. Vor der Landesversammlung wird eine Sitzung des Landesauschusses stattfinden, in der die Wahl des Vorstandes und die Beratung der Tagesordnung vorgenommen wird.

Ein Wort für unsere Beamten.

Die Karlsruher Zeitung schreibt in ihrem Leitartikel: Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß der Minister des Innern die allgemeine politische Ansprache im Landtag benutzt hat, um gegen diese Art allgemeiner Kritik der Tätigkeit der Beamten soweit sie unberechtigt ist, Verwarnung einzulegen. Auch er hat bei dieser Gelegenheit auf die Arbeitsüberlastung hingewiesen, die bei den Beamten seines Ressorts zweifellos besteht. Und er ist zweifellos im Recht, wenn er sagt, daß die Zahl der Beamten im innern Bereich sich nicht wird vermindern lassen, um so weniger, als Bedeutung und Umfang der Geschäfte sich noch immer steigern.

Holland lehnt wieder ab.

Haag, 5. März. (W. B.) Meldung des Korrespondenzbüros. Die Antwortnote der niederländischen Regierung auf die letzte Note der Alliierten bezüglich der Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers lautet:

Die Regierung Ihrer Majestät hat, den Beweggründen der Alliierten Rechnung tragend, den von den Mächten bei der Erneuerung ihres Ersuchens angeführten Erwägungen von neuem ihre sehr ernste Aufmerksamkeit zuwendend und hat erneut genau untersucht, was in vorliegendem Falle ihre Pflicht vorschreibt. Sie wird jedoch zu keinem anderen Schluß in der Frage kommen können, den sie bereits in der Note vom 31. 1. niedergelegt hat und der ihr nicht gestattet, dem Verlangen der Mächte Folge zu leisten.

Die Regierung Ihrer Majestät hat keineswegs die der Menschlichkeit widerstehenden Handlungen verurteilt, die der Krieg hervorgebracht und gegen die sie Einspruch erhob, so oft niederländische Amerikaner zu unbilligen Opfern worden sind. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Erinnerung an diese Untaten keinen Einfluß auf ihre Haltung in dem vorliegenden Falle ausüben darf. Sie erinnert daran, daß die Niederlande an dem Vertrag von Versailles nicht teilhaben und sich mit Bezug auf die Ereignisse des Krieges in einer anderen Lage befinden, als die Mächte. Da es zu den höchsten Pflichten der Regierung gehört, die auf den allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruhenden verhältnismäßigen Verträge des Reiches zu achten, darf sie nicht unterlassen, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, daß sie unter diesen Umständen eine Tat begehen würde, die dem Recht und der Gerechtigkeit widerspricht und mit der nationalen Ehre unvereinbar wäre, wenn sie unter dem Drängen der Mächte es zulassen würde, diese Befehle zu erteilen und dem auf holländischem Gebiet befindlichen Flüchtling die Rechte nehmen würde, die diese Befehle ihm zuerteilen.

Die Regierung Ihrer Majestät hat sich gefreut, daß mit Rücksicht auf die Note vom 14. Februar 1919, diese Auffassung von ihrem Standpunkte die Niederlande aus der Gemeinschaft der Nationen ausschließen würde. Die Geschichte der Niederlande ist ein Beispiel für die in diesem Zusammenhang erörterten mit dem Zwecke übereinstimmend, daß die Niederlande unter keinen Umständen die von den Mächten verlangte Auslieferung des Kaisers annehmen werden. Wenn infolge dessen die Regierung Ihrer Majestät die einmal gegebene Antwort aufrecht erhalten muß, so ist sie sich dennoch voll und ganz der Pflicht bewußt, die ihr die Anwesenheit des ehemaligen Kaisers auf dem Gebiet des Reiches auferlegt, sowohl im Interesse des Landes selbst als in dem der internationalen Sicherheit. Sie behauptet, daß die Mächte unter dem Eindruck zu stehen scheinen, die Regierung Ihrer Majestät habe sich um die Seite der Frage nicht gekümmert, und ihr keine ernste Antwort förmlich zugewandt, weil die Antwort der Niederlande auf das Ersuchen, den Kaiser auszuliefern, keinen Hinweis darauf enthält, dieses letztere im Falle der Niederlande der Fall.

Eingekommen unter Protesten in dieser Hinsicht ist die Regierung Ihrer Majestät von Anfang an bestrebt gewesen, den nachzutreten, was ihre Pflicht vorschreibt und was es auch weiterhin ist. Sie hofft, daß sie in der Lage ist, ihre Souveränität auszuüben, um an Ort und Stelle geeignete Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des ehemaligen Kaisers den erforderlichen Beschränkungen zu unterwerfen.

Die Regierung Ihrer Majestät legt Wert darauf, diese Erklärung auf die formale Weise abzugeben und dabei die Aufmerksamkeit auf ihre Pflichten in den Rahmen des Rechts zu stellen. Sie vertraut darauf, daß diese Erklärungen, die den Beweisen liefern, daß die Niederlande die Befehle in Rechnung ziehen, die die Mächte erteilen, nicht verschoben werden, ihre Befehle zu befolgen.

Amsterdam, 5. März. (W. B.) Einer Blättermeldung aus Bigo zufolge wurde ein Militärzug in der Gegend von Bianno da Castello mit Bomben und Geschützfeuer angegriffen.

Berlin, 6. März. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die W. B. A. mitteilen, hält Frankreich 90 Kriegsgefangene zurück, die gegen sie unabhängige Prozesse erstirbt sind.

Aus der Tonwelt.

111. Musikblätter des Anbruch. Eine Halbmonatschrift für moderne Musik, herausgegeben von der Universal-Edition. Das erste Heft erschien am 1. November 1919. „Die Musikblätter des Anbruch“ — den solchen Gentilios müssen wir den Wienern überlassen — sprechen forschend und färbend in allen Fragen der Musik. Vereinfachung der Musikpflege, Werte ausbauender Qualität und „kulturelle“ Gemeinschaft sollen erstrebenswert werden. Erwin Lutzerkows Philosophie der Musik, den metaphysischen Sinn der Musiktheorie erklärend und Eugen Wellesz Betrachtungen über das Wesen der orientalischen Musik wenden sich an eine kleine Gemeinde der allseitigen Welt. Nur wenige Seiten werden durch die „Ausgaben“ hindurch kommen, aber man kann sie hinter sich an, bei den Klängen, wo der „Anbruch“ u. a. den Kritiken die Meinung sagt: dem Wiener, insbesondere, die mit Hanslich-Wig und Spindler-Schürle erblüht, sich fürchten, für Neues einzutreten. Was dort, (Heft 1, Seite 25) gesagt wird über die Gewohnheit, ruhig zu verzeihen, wo nichts zu fürchten ist, die Forderung, der ideale Kritiker „müßte ein Künstler sein mit unerschütterlicher, aber doch vorhandener produktiver Begabung, des Beispiel E. L. Hoffmanns, der früher in keinen Beethovenkritiken als in seiner Oper Undine (1816), die Wohnstätten an den Kritiker... alles dies wird auch den einfachen Kunstfreund interessieren. Und erschreckend sind die großen Klößen im neuesten Heft (11) über den „Beitrag“ der Wiener Hofoper zum Reichers Wagners, über den Summe von „Schlamperei und Schweißerei“, über die Wiener philharmonischen Konzerte. „Bei Routine und wenig Geist“ sind das Sigmund, das Hans Rauber dem verbliebenen Institute prägen.

Der neue Tag bricht also an mit bestem Sonnenlicht; es wird, hineinleuchtend in die Zukunft, denen Wiener Zeitungen nur die beschönigende Phantasie weihen. Diese Klößen müssen aus Kopfschütteln mehrere angaben, allgemeine Zeitungsarbeit ist das Doppelte, Sonderheit (11, 1 und 2) Franz Schreker wert. Als Kritiker müssen wir zunächst festhalten: die Universal-Edition Wien-Verlag ist die Verlegerin der gesamten Werke von Gustav Mahler, der Werke von Arnold Schönberg, der Opern von Franz Schreker, der Bilder von Joël Metzger (den sie einen „Meister des Liebes“ nennt), von Hiteslav Kodal, von A. Reichmann, ebenso der „erfolgreichen“ (?) Opern: Herr Dandolos (Rubold Siegel) und Dame Kobald (Herr Reisinger), endlich von Anton Bruckner. Die Eins von Bruckner zu Mahler und weiterhin zu Schönberg und Schreker ist also, wie aus dem Anzeichen zu ersehen, für die neue Zeitgeist stehen. Der Kritiker wird die Klößen auszuweisen, das Publikum zu solchen „unerschütterlichen“ Werken — des

Reizvoll — „hinweisen“. Des Sonderheit Franz Schreker ist eine Empfehlung, eine Werbung, deutsch gesagt: eine Bekanntschaft erheben. Wollen wir, die wir von ihnen Klang die der Musik noch keinen Ton gehört haben, nicht fahnen werden, wenn Paul Keller, einer Richard Strauß auf die Seite Mahler, von Franz Schreker laug: „die erste Begabung ist Wagner, die ihm der Art nach geworden ist, und das gleiche Phänomen. Das dies Phänomen in den „erfolgreichen“ Wien anerkennend Herr Schreker findet, daß die neuen Opern an „zahlreichen“ Stellen auszuführen werden, daß also gerade jetzt des Schreker „allseitigen“ Interesse begehen, ist doch wohl nicht so notwendig zu nehmen. Wir werden uns vielmehr zu lösen haben, in der Zeit, die zu erfüllt ist von Anpreisungen und Wortführungen (wie Paul Keller sagt), gerechtem Argwohn zu erwecken. Bedenklich stimmen auch noch auch ein Bedenken, der also anhebt: „Betracht man eine Erklärung wie Franz Schreker, so scheint es mir notwendig im Auge zu behalten, daß es zwei Arten des schöpferischen Genies gibt: das bestimmende und das schaffende.“ Auch die Kritik des zweiten Teils eines Musikstückes hat. Und so ist auch Schreker... diese Weltanschauung des beschriebenen Genies zu verstehen. Der Mann, der die in Reichden beinnehmend erfüllt und ihn zu einem solchen im Werkman unerschütterlichen Kunstwerk beizulassen, ist nicht nicht darüber hinweg, daß Schreker nur „Sohn“ ist und „Wortführer“ seine Rechte nicht.“ (Sonderheit, Seite 12 über). Also „la decia senza arribida“ (wiederholungslos Entzerrung) und bapponischer Raum wird die weltliche Genieschaft des neuen Genies! Unsere Zeitgenossen haben nicht die neuen Begiffe eines Schreker, aus ihren „Stimmungen“ heraus bilden sie neue, unklar. Sie werden noch einige Zeit durch solche rauschhaften Stimmungen wie Wasser aus Klippe zu Klippe gemessen werden müssen, bis sie zur Klarheit kommen.

Als in einem der „Anbruch“ in eine erste, gediegene, lebenswerte Zeitgeist, und des vorliegenden — ein — steht kann, da uns die Kulturkritik von Franz Schreker's Schreker'sche bevorzucht, aus Einbildungsbildern leisten. Das reich ausgeschüttete Sonderheit enthält neben Artikeln moderner, dunkler Wortführer auch Lutzerkows, verständliche Aufsätze über den „Reichden Schreker, über sein Leben, über die Schrekerung.“ Arthur Blah.

(Zeitschrift für Musik.) In neuem Gewande und Titel erscheint als Halbmonatschrift die von Rob. Schumann begründete „Neue Zeitschrift für Musik“ im Verlage Steingrübe in Leipzig. Sie ist als gediegenes Nachfolgebuch bekannt und verliert auch unter ihrem jetzigen Herausgeber die alten guten Traditionen aufrecht zu erhalten. Schumann's, Biographien und Besprechungen, aber auch Besprechungen aus dem Musikleben, Musiktheorie von nah und fern, eine Rundschau für Oper und Konzerte sowie allerlei kleine Nach-

richten aus der Musikwelt bilden den Inhalt jedes Heftes. Einmal monatlich wird eine Musikbeilage von 4 Seiten beigegeben. Preisanschreiben und Kunstbestellungen sind gefällig. Das erste Heft macht einen sehr guten Eindruck. H. M.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(Theaternachricht.) Die heutige Aufführung der „Bobe“ „Robert und Bertram“ beginnt um 8 Uhr. — Am Dienstag nächster Woche findet die Uraufführung des Dramas „Die Totengräber“ von Adolph Hill. Den alten Totengräber spielt Hans Sobel, den jungen Wenzel Hoffmann und den jungen Perca, Fritz Odmet. In der darauffolgenden Neuaufführung von Herbert Hauptmanns „Hans und Gretchen“ sind außer Helene Landmann und Fritz Odmet als „Hans“ und „Gretchen“ Gottwald in weiteren Hauptrollen beschäftigt: Robert Berger, Heinz, Rene Wankenschelb: Schmeiser, Maria, Robert Garsch: Bauer, Walter, Alexander, Robert: Welsch, Wilhelm, Robert: Dörflinger, Maria: Fritz, Walter: Hansel und Josef: Robert: Hans. Die Neuaufführung der beiden Werke leitet Fritz Wankenschelb. Im Neuen Theater geht morgen anstelle von „Berthold'scher Diener gesucht“ „Schindler und Kibler“ auf. „Der Herr Senator“ in Szene. — Am Montag, den 8. März wird die Oper „Tomme“ „Der Gott und die Bajadere“ mit der Regie von Hans Wankenschelb.

(Bühnenmusik.) Der Beginn des heute Abend stattfindenden Konzerts mit dem „Lied-Quartett“ muß infolge der äußeren Umstände der Künstler auf 8 Uhr verlegt werden.

(Mannheimer Kunstleben.) Die 3. R. ausgestellt über diesen nur und über Sonntag hängen. — Verkauf wurden in 1. Kategorie von Gino F. Barni, E. Th. Geyer und Paul Thiersch-Voll.

Kunst und Wissenschaft.

(Neue Bühnenwerke.) „Das Wunder“ von Oskar Böhm (Uraufführung am Deutschen Landestheater in Regau). Herr Oskar Böhm, Kofler (Uraufführung am Schauspielhaus in Düsseldorf). „Der Schindler“ (Uraufführung am Stadttheater in Düsseldorf).

(Preisanschreiben der Universität Heidelberg.) Von der theologischen Fakultät, Heidelberg, sind naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät ist je eine Preisausgabe für das Studienjahr 1920/21 neu erstellt worden. Außerdem sind sechs Preisanschreiben veröffentlicht worden, die für die Studienjahre 1917/18 und 1918/19 erstellt wurden waren, nachdem bekanntgegeben worden. Die allgemeinen Bedingungen sind auf dem Universitätspräsidium zu erfragen.

Aus Stadt und Land.

Aus der Stadtratsitzung vom 4. März 1920.

Die Gehaltsverhältnisse der Bürgermeister werden vorbehaltlich Zustimmung des Bürgerausschusses neu geregelt.
Mit der von dem Senat und dem Kuratorium beantragten Erziehung eines hauptamtlichen Lehrstuhls an der Haupt-Hochschule für Professor Dr. Erdel besteht Einverständnis unter der Voraussetzung, daß Dr. Erdel insbesondere Vorlesungen über Arbeitsrecht hält und daß er der Stadtgemeinde für Rechtsgutachten in Fragen des Arbeiterrechts zur Verfügung bleibt.
Die städtischen Mitglieder der gemischten Kommission zur Beratung der Luftfahrtssteuerordnung werden ernannt.
Im Jahre 1917 konnten die Abschreibungen der städtischen Betriebe nicht in vollem Betrage den Erneuerungsfonds zugeführt werden. Das vorläufige Rechnungsergebnis für 1918 hat ergeben, daß diese Zuführung aus den Rechnungsergebnissen des Jahres 1918 möglich ist. Diese Zuführung wird daher — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — beschloffen.

Anstelle des verstorbenen Stadtverordneten Ludwig Brück tritt Kaffler Josef Max, Friedrichsring 28, in den Bürgerausschuß ein. (Wahlvorschlagsliste der Sozialdemokratischen Partei vom Mai 1919.)
Der Stadtratsbeschluss vom 19. Februar 1920 über die Neuordnung der Feuerungsbezüge wird infolge des Abänderungsbeschlusses des Bürgerausschusses in folgenden Punkten geändert: a) die versorgungsberechtigte Zulage der Hauptlehrerinnen wird auf 3.500 M., b) die versorgungsberechtigte Zulage der Industriehauptlehrerinnen auf 2.850 M. bemessen. Dem Beschluss des Bürgerausschusses über Regelung der Bezüge der Unterlehrer, die im Alter von 18—20 Jahren stehen, wird nicht im vollen Umfang beigetreten. Dagegen wird der im Beschluss des Stadtrates vom 19. Februar 1920 festgesetzte Bezug um je 420 M. für jede Jahrestafel erhöht. Der gleiche Bezug wird auch den übrigen jugendlichen Anwärtern gewährt.

Für die Befehung der durch den Tod des bisherigen Inhabers freigewordene Stelle eines Aktors (Verwaltungsreferents) der hiesigen Volks- und Bürgertheater wird in Übereinstimmung mit der Schulkommission der Oberlehrer des Volkshochschulreferats, Hauptlehrer Emil Lohrer, vorgeschlagen.

Der Stadt ist ein Soldatenheim zum Kauf angeboten worden, das als Kindererziehungsheim verwendet werden könnte. Zur Prüfung und Befestigung wird eine besondere Kommission eingesetzt.

Infolge der Übernahme des Krippe-Wäckerheims, des Wäckerheims und der Kinderkrippe in städtische Verwaltung und ferner durch die beschlossene Eingliederung noch weiterer Bezirke der Jugendfürsorge sind dem Jugendamt Geschäfte übertragen, die eine Erweiterung der Armentommission, zu deren Aufgaben auch die Aufsicht über das Jugendamt gehört, durch die Zuwahl weiterer sachkundiger Personen als erwünscht erscheinen lassen. Dem dahingehenden Antrag, des Jugendamts wird zugestimmt.

Zum Ausbau des Dachgeschosses im Hause N 6, 3 (Arbeitsamt) werden 14.500 M. demnächst vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses.

Die Gebühren, die den Beizigern des Mieteinigungsamts als Entschädigung für Zeiterwärmnis gewährt werden, werden für Sitzungen und Befestigungen, die länger als zwei Stunden dauern, auf 10 M. erhöht.

Zu der in Leipzig in der Zeit vom 14. bis 20. ds. Mts. stattfindenden technischen Messe werden 3 Vertreter des Stadtrates und 1 Vertreter des Hochbauamtes entsandt.
Anstelle von Bauforschungsinstituten sollen künstlich Baudarlehen gewährt werden. Das Reich hat hierfür 500 Millionen M. bereitgestellt, von denen 25 Millionen M. auf das Land Baden entfallen. Nach den vom Reichrat über die Gewährung dieser Darlehen am 10. Januar 1920 erlassenen Bestimmungen sind die Darlehen zinslos und nur in dem Maße allmählich zu verginsen und zu tilgen, als sich für sie aus der steigenden Miete eine Rente oder bei einem Verkauf des Hauses Deckung ergibt. Nach Fertigstellung des Neubaus werden die Gesamterstellungskosten und die Miete Höhe bezw. der Mietwert festgesetzt. Alle 5 Jahre hat, wenn nicht vorher dazu Anlaß ist, die Gemeinde die Miete nach Lage des örtlichen Mietmarktes nachprüfen und erforderlichen Falls neu festzusetzen. Uebersteigt die Miete den festgesetzten Betrag, so ist das Besitzdarlehen mit vier Prozent der Wertminderung jährlich zu tilgen. Soweit die Darlehen nach 20 Jahren nicht als rentiell anzusehen sind, sollen sie endgültig als verlorener Bauforschungszuschuß gelten. Das Reichsdarlehen wird gewährt für Wohnungen, die nach Maß, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenland berücksichtigt werden, dreigeschossige Wohnhäuser nur innerhalb der Städte. Die Errichtung von Bauten mit mehr als 3 Geschossen darf nur mit Zustimmung der obersten Landesbehörde und im allgemeinen nur zur Ausführung von Bauläden unterstellt werden. Die Höhe des Reichsdarlehens wird ermittelt durch Veranschlagung der Quadratmeterzahl der Wohn- und Stallfläche mit den Einheitsflächen. Als Einheitsfläche ist für das Quadratmeter Wohnfläche 15 M. vorgeseh. Wohnflächen sollen nur bis zu 70 Quadratmeter (ausnahmsweise, z. B. bei Wohnungen für kinderreiche Familien bis zu 80 Quadratmeter) berücksich-

Hochschulnachrichten.

Geol. Nat. Prof. Dr. Thoma-Heidelberg hat den an ihn erlangenen Ruf an die Universität Bonn und Geol. Nat. Prof. Dr. K. J. Heideberg den Ruf nach Leipzig abgelehnt.

Die dem Präsidenten des hessischen Landesamtes für Bildungswesen Dr. Reinhard Strecker zu Darmstadt erteilte demnächstige Beförderung an der dortigen Technischen Hochschule wurde auf das Fach der Pädagogik erweitert.

Literatur.

(Neue ungedruckte Briefe Richard Wagners.) Siegmund v. Hausegger kündigt die Herausgabe von Briefen Richard Wagners an Julie Ritter* in der Verlage Bruckmann-München an. Hausegger hatte bekanntlich eine Tochter Alexander Ritters, des jüngeren Sohnes der Frau Julie Ritter, zur Frau, ist also selber der berufsmäßige Herausgeber und Kommentator der ohne Frage überaus fesselnden Schriftstücke. Julie Ritter hatte Wagner in Dresden kennen gelernt, durch die Begleitung ihrer beiden künstlerisch selbst hochbegabten Söhne Karl und Alexander, die zusammen mit ihrem Altersgenossen Hans v. Bülow als junge achtzehn- und neunzehnjährige Penner der Dichterkomponisten des „Holländers“ und „Lohengrins“, damals Hofkapellmeister der Dresdner Königl. Oper, enthusiastisch umschwebten. Als im Folge der Maiaufstände in Dresden, 1849, Wagner Amt und Stellung verlor und in die Schweiz flüchten mußte, war es Frau Julie Ritter, die dem nahezu Subsistenzlosen eine beschiedene, aber sichere Existenzgrundlage schuf, indem sie ihm den Zinseinkommen einer eben damals zufallenden Erbschaft selbst überließ. Wagner übernahm darauf die Erziehung ihres Sohnes Karl. Als dieser sich etwa drei Jahre später mit 17 Jahren überwarf, lehnte er die Weitererziehung durch dessen Mutter sofort in nachster Weise ab, obwohl ihn bis an Frau Ritters Tod ein unzerbrochenes freundschaftliches Verhältnis zwischen der Hochbegabung und Verehrung mit der hochberzogenen eben Frau verband. Ihr gegenüber hat Wagner in seinen Briefen gewiß in langen ereignisreichen Jahren keine Falte seines Herzens verborgen gehalten. Man kann auf die Herausgabe dieser neuesten Briefe des Meisters also mit Recht gespannt sein.

Abschied des 5. baddischen Infanterie-Regiments Nr. 113. Dänische Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Regiments, die am 2. März teilnahmen, wird dieses Bändchen auf. Ein ähnliches Bändchen ist uns auch nicht bekannt geworden, und so dürfte das Infanterie-Regiment Nr. 113 wohl das erste sein, dem diese gründliche Arbeit, die vielen eine wertvolle Erinnerung sein wird, gelang. Obten Kameradschaftsgeld verdient sie ihre Anteilung, und ein wahrhaftiger treuer Vaterlandsliebender bleibt sie unvergessen. Der Kamerad steht den unterhaltungsbedürftigen Hinterbliebenen zu.

tigt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses wird beschloffen, zu diesem Reichsdarlehen unter den vom Reichsrat aufgestellten Bedingungen aus städtischen Mitteln ein Darlehen in Höhe der Hälfte des Reichsdarlehens, d. h. in Höhe bis zu 90 M. für das Quadratmeter Wohnfläche, zu gewähren. Anträge auf Gewährung von Baudarlehen sind bis spätestens 15. März 1920 beim Bürgermeisteramt unter Benützung des vorgeschriebenen Fragebogens einzureichen. Soweit die Anträge und Pläne nicht rechtzeitig ausgearbeitet werden können, sind die Gesuche bis dahin unter Angabe des Bauberrin, die Lage des Grundstücks, Zahl, Größe und Art der Wohnungen, sowie unter Beifügung eines Lageplanes anzumelden.
Der Stadtgemeinde sind 3 Baupläne auf dem Waldhof mit im Jahre 1914 begonnenen infolge des Krieges oder nicht weiter geführten Neubauten zum Kauf angeboten worden. Durch Fertigstellung der Neubauten können 28 Kleinwohnungen gewonnen werden. Die Baupläne werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses von der Stadtgemeinde erworben; die darauf begonnenen Neubauten sollen sofort vollendet und es sollen die zum Kauf und zur Fertigstellung der Bauten erforderlichen Mittel in Höhe von rund 675.000 M. beim Bürgerausschuß angefordert werden.
Für 34 freihändige Verkäufe von Grundstücken der Gemarkung Mannheim wurde die Besetzung im Sinne des Sprengelgesetzes vom 15. April 1919 ordngewonnen. In keinem dieser Fälle wird ein Anspruch auf Uebertragung des Verkaufpreises erhoben.

Ueber die Beiratsung, die am 16. Februar 1920 im Sitzungssaal der Handelskammer auf Veranlassung der Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen betriebs der grundsätzlichen Fragen der Stellung Mannheims im Fahrplan der badischen Bahnen stattfand, wurde vor kurzem ausführlich berichtet. Die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen Karlsruhe teilt nunmehr der Handelskammer mit, daß sie den Antrag wegen Verbesserung der Morgenverbindung von Mannheim nach Karlsruhe über die Rheintalbahn im Benehmen mit den Eisenbahndirektionen Mainz und Frankfurt a. M. geprüft habe und folgende Verbesserungen zu erwarten seien:
Für den Vorzug D 2 und den Anschluß D 136 ist vom 13. März an folgender Fahrplan in Aussicht genommen:

Frankfurt	ab 7.20	ab 7.20	Worms
Darmstadt	an 7.52	ab 7.56	
Bensheim	an 8.18	ab 8.19	
Mannheim	an 8.54	ab 9.00	
Schwetzingen	an 9.15	ab 9.16	
Graben-Neudorf	an 9.41	ab 9.44	
Bruchsal	an 9.55	ab 10.00	

und weiter wie bisher. Die Karlsruhe Abteilung soll von Graben-Neudorf ab in nächstem Fahrplan weiter geführt werden: Graben-Neudorf ab 9.50 vorm., Karlsruhe an 10.11 vorm. Für den Hauptzug D 2, der von Frankfurt a. M. ab a. St. nach Wiesbaden und dem Vorzug D 2 im allgemeinen mindestens 8 Minuten in Rückstand kommt, wird in Karlsruhe eine Barriere von 20 Minuten auf den Anschluß von Mannheim vorzusehen werden.

In der Richtung von Karlsruhe nach Mannheim soll vom gleichen Zeitpunkt an auch an den um 6.23 nach in Bruchsal abfahrenden Schnellzug D 4/1 eine unmittelbare Anschlußverbindung nach Graben-Neudorf hergestellt werden, wofür folgender Fahrplan in Aussicht genommen ist:

Karlsruhe	ab 6.05	Nachm.	
Graben-Neudorf	an 6.28		
Bruchsal	an 6.33	ab 6.38	Nachm.
Schwetzingen	an 7.03	ab 7.04	
Mannheim	an 7.20	ab 7.26	
Wiesbaden	an 7.50	ab 7.52	
Darmstadt	an 8.28	ab 8.32	
Frankfurt a. M.	an 8.59		

Der Anschluß von dem um 6.40 nach in Karlsruhe ein-treffenden Schnellzug D 1 kann nicht aufgenommen werden, weil sonst die Durchführung des Vorzuges D 1 auf der Strecke Friedrichsfeld Rhein-Neckar-Bahn—Frankfurt a. M. erhebliche Schwierigkeiten verursachen würde und die mit dem Schnellzug D 4 um 6.18 nach in Bruchsal ein-treffenden zahlreichen Reisenden nach Mannheim-Frankfurt ein längeres Stillstehen in Bruchsal oder Graben-Neudorf erleiden würden. Die Vorzüge D 1/D 2 werden außer den jetzt schon verkehrenden Wagen eine durchlaufende Waggelung Karlsruhe-Mannheim-Frankfurt a. M. und umgekehrt fahrenden Reisenden in Graben-Neudorf nicht umzusetzen brauchen.

Bei diesen Veränderungen sind längst nicht alle Wünsche berücksichtigt worden; es bedürfen aber immerhin eine Verbesserung der bisherigen Zustände.

Kreisauschuß Mannheim.

Aus der am 2. ds. Mts. stattgefundenen Sitzung des Kreis-ausschusses wird uns folgendes mitgeteilt.

Auf Montag, den 29. März, vormittags 9 Uhr, soll eine außer-ordentliche Kreisversammlung mit folgender Tagesordnung einberufen werden: 1. Erhöhung der Verpflegungsgelder des Kreislinienverkehrs Ludwigsbahn gewählt. Frau Kaufmann Pbl. Weis-2. Änderung der Höhe der Kreisbeiträge in der Kreislinienpflege. 3. Verlegung des Kreisrechnungsjahres und Teilvoranschlag für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920. An Stelle des derzeitigen Privatmann Karl Günther wurde Herr Oberlehrer Franz Jakob Stumpf in Ludwigsbahn zum Mitglied des Verwaltungsrats des Kreislinienverkehrs Ludwigsbahn gewählt. Frau Kaufmann Pbl. Weis-brod und Frau Fabrikant Stumpf in Weinheim wurden zu Mitgliedern des Bezirksausschusses Weinheim für Säuglingsfürsorge ernannt. Mit Wirkung vom 1. April 1920 an wird Säuglings-fürsorgeleiter Räte Ludwig in Schwetzingen in den Dienst der Kreisverwaltung Mannheim übernommen. Zu den Kosten der Wiederherstellung des infolge Unwetters zu Tal gerutschten Kreiswegs in Urfersbach wurde ein Beitrag von 12.200 M. in Aussicht gestellt. Nach den bestehenden Grundbesitz wurden in 2 Fällen Kurkosten-behalten von je 300 M. für Lungentränke, ein Beitrag für Förderung der Kaninchenzucht usw. bewilligt.

Die Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe.

Wie mitgeteilt, droht im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe ein Konflikt. Die in Berlin geführten Verhandlungen des Tarifausschusses sind ergebnislos verlaufen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ist als unerfüllbar abgelehnt worden. In Mannheim suchen die Gehilfen nun zu einer lokalen Vereinbarung zu kommen. Sie haben an den Bezirksverein Mannheim-Ludwigshafen des Deutschen Buchdrucker-Vereins ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine Erhöhung des Stundenlohns um M. 1.75 fordern. Diese Erhöhung soll ab 1. März in Kraft treten. Zur Beantwortung wird eine Frist von 24 Stunden gestellt, die heute Samstag nachmittags 4 Uhr abläuft. Der Gehilfenverband erklärte sich zu einer gegen-sätzlichen Ansprache unter Zugrundelegung der obengenannten Höhe bereit; sie hätte heute abend stattzufinden. Die Mannheimer Zeitungsverleger und Buchdruckerbesitzer haben diese Forderung sofort an den Zentral-Ausschuß weitergegeben, von dessen Anordnungen der Eintritt in die Verhandlungen abhängig ist.

Angestelltenversammlung des Papierfaches.

In einer vorgestern Abend im Hotel National veranstalteten von der Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes einberufenen, sehr gut besuchten Versammlung sprach Verbandsgeschäftsführer Dr. Pfizmann-Wien über die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation der Angestellten des gesamten Papierfaches. Die Ursache der starken Entwidlung der Organisationen erklärt der Redner in der schlimmsten Lage, in der sich die Angestellten bei Ausbruch der Revolution nicht zuletzt infolge der durch die Kriegswirtschaft geschaffenen Verhältnisse befinden. Die Gehälter waren nicht in dem Maße ge-steigert worden, daß das Einkommen sich entsprechend der ab-

nehmenden Kaufkraft des Geldes gleich gehalten wäre. diesem Grunde konnte die Schaffung von Gehalts-tarifen nur begrüßt werden, wenn sie auch zumal bei gegenwärtigen Verhältnissen mancherlei Gefahren in sich bergen. Dann ergeben sich auch bei den heute noch gebliebenen Abschlüssen der Tarifverträge Verschiebungen, die nicht begründet sind. Diese Verschiebungen zwingen die Gruppen im ganzen Reihe zu einer atomisierenden Tarifveränderung und Erneuerung der Tarife. Dadurch eine außerordentlich unwirtschaftliche Arbeit geleistet, die in die Hände einer zentralen Stelle gehört. Da für ganze papierverarbeitende Gewerbe heute schon wirtschaftlich gleichartige Unterlagen vorhanden sind, glaubt der Redner, gerade das Papierfach dazu berufen zu sein, eine neue Tarif-form herauszubilden. Wir brauchen einen Reichstarif, das Papierfach in allen seinen einzelnen Abteilungen mit umfaßt. Die vom Reichsdarlehen ausgenommenen, im Einkommen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an-stellten Stellen können Anspruch darauf erheben, als geeig-nete Grundlage für die Berücksichtigung der verchiedenartigen i-n den Verhältnissen im Reihe angesehen zu werden. Die örtlich Verschiedenheiten, wie auch die zeitlichen müssen berücksichtigt werden.

Wer ist dazu berufen, einen Tarif zu schaffen, damit er nicht ist, wie ein Stück Papier? Bei Stellung dieser Frage weist Dr. Pfizmann auf die zwei großen Gruppen in unserer heutigen Wirtschaftsverfassung hin, die sich als natürliche Vertragspartner gegenüberstehen: Auf der einen Seite der Arbeitgeber, auf der anderen Seite der Arbeitnehmer. Gerade im Papierfach ist un-verkennbar, daß mit Ausnahme einiger weniger Gruppen den An-gestellten es schlechter geht, als den Arbeitern. Wir müssen uns frei machen von dem, was den klaren Gegensatz von Arbeitskraft und Kapital verflüchten kann. Die An-gestellten gehören in die große Linie der gesamten Arbeitneh-merschaft, sei es Kopf- oder Handarbeiter. Natürlich muß den be-sonderen Funktionen der Kopfarbeiter Rechnung getragen werden. Deshalb brauchen wir auch eine Angestelltenorganisation. Diese Angestelltenorganisation gehört aber an die Seite sämtlicher Arbeit-nehmerverbände, die von dem möglichst günstigen Verkauf ihrer Ware „Arbeitskraft“ am besten Gebrauch machen können. Das hat aber nichts zu tun mit den verschiedenen Schichten der Parteipolitik. Die Parteipolitik gehört nicht in die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Der Redner weist ferner auf die Einheitsfront der Arbeiterschaft in allen wirtschaftlichen und tatsächlichen Fra-gen, der die Angestellten heute noch zerstückelte Kräfte ein-gegenzustellen hätten. Der festgesetzten Arbeitgeberorganisation im Papierfach müßte eine geschlossene Organisation der Arbeit-nehmer entgegengestellt werden. Noch nie ist ein solcher Luxus getrieben, noch nie ein solcher Bruchstand geboten worden wie heute, wo es der Allgemeinheit an allem mangelt, wo die Masse des Volkes nur die grauenhafte Not kennt. Alle diese Begleit-erscheinungen einer überlittenen Wirtschaftskrisis können nach einer Neuordnung in unserer Wirtschaftsverfassung. Als neue Grundlage muß die Wirtschaftsdemokratie gelten. Sie bietet die Gewähr dafür, daß in allen Fragen des Wirtschaftslebens Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gleichberechtigte Faktoren zusammenarbeiten.

Wenn im Betriebsratsgesetz der Redner auch nichts vollkommenes erfinden kann, so bilde es wenigstens ein Zugeständ-nis an das Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers. In der Frage der Betriebsräte können erst recht nur die Berufsorganisationen vollwertige Arbeit leisten. Dr. Pfizmann sieht in den Arbeit-sgemeinschaften eine brauchbare Grundlage. Besonders in tein parteilich zusammengesetzten Reichsarbeitsgemeinschaften ist am ehesten eine Befriedung und ein Wiederaufbau des Gewerbes zu erhoffen. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschafts-ordnung wird ein plan- und sinnvoller Wiederaufbau unseres gesam-ten Wirtschaftslebens möglich sein. Die zweite Möglichkeit ist, daß das Chaos allgemein wird und mit einem grauenhaften Zu-sammenbruch endet. Hier gilt es für die Gewerkschaften, eine große richtungswegweisende Arbeit zu leisten. Nur eine reife, gefestigte, in Erkenntnis und Verantwortung geschulte, festgesetzte Angestellten-schaft wird in unserem Gewerbe in der Lage sein, diese Aufgaben zu erfüllen. Hier ist es dringende Notwendigkeit, daß die Ein-heitsfront gebildet wird. Das Gewerbe kann nur gedeihen, wenn die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich und sozial so gestellt ist, daß die Arbeitsfreudigkeit unbedingte Voraussetzung sein kann. Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung der Schaffung einer starken Berufsorganisation.

In der freien Aussprache bedauerte Herr Josef Brügge-man, daß die vorzüglichen Ausführungen Dr. Pfizmanns nicht von einer Massenversammlung der Mannheimer Angestellten-schaft gehalten wurden. Die Ausführungen kann er samt und sonders unterzeichnen. Er sieht in der Bildung von Fachgruppen die ein-zige Möglichkeit, um in Zukunft zu einer Einheitsorganisation zu gelangen. Auch er vertritt den Grundged, daß von der An-gestelltenbewegung jede Parteipolitik ferngehalten habe. Die geistige Arbeit müsse mindestens so gut entlohnt werden, wie die Hand-arbeit. Da sich in der Aussprache niemand mehr zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende Herr S. Voelker mit Dank die anregend verlaufene Versammlung.

Beirat zum Landespräsidenten. Zum Zwecke der Besprechung von Fragen über Bekämpfung des Schleißhandels ist im Einberufungs-mit dem Ministerium des Innern beim Badischen Landes-präsidenten ein Beirat von Eisenbahn-, Post und Tele-graphenbeamten ins Leben gerufen worden. Die erste Sitzung, bei der Postrat Stein als Vertreter der Oberpostdirektion Karlsruhe und Konstantz anwesend war, hat in den letzten Tagen stattgefunden. Ueber die schwebenden Fragen wurde all-seitige Uebereinstimmung erzielt.

Erkennung der Kriegsdienstleistungen in der Angestellten-verfasser. Die Zeiten, in denen Angestellte im letzten Kriege Krieg-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet, oder in feindl. Gefangenschaft sich befinden haben, werden, soweit sie in tollen Kriegermonaten beisehen, auf die Kriegstage und als Beiträge angerechnet. Vor Eintritt in den Kriegsdienst müssen jedoch Beiträge zur Angestelltenversicherung geleistet worden sein. Für die Anrechnung ist die Gehaltsklasse des letzten vorhergehenden Monats maßgebend, für den ein Pflichtbeitrag entrichtet ist. Die Anrechnung kann aber nur dann erfolgen, wenn vollständige Unter-lagen vorhanden sind. Solche sind entweder der Militärpost oder eine vom Bezirkskommando oder dem Truppenteile ausgefertigte Bescheinigung, die genaue Angaben darüber enthalten muß, von wann bis wann Kriegsdienste geleistet worden sind. Ist ein solcher Ausweis nicht vorhanden, so geht nicht nur die gesamte Kriegs-dienstzeit, sondern auch die früher gezahlten Beiträge verloren. Es ist daher den Kriegsteilnehmern dringend zu raten, ihre Militär-papiere sobald in Ordnung zu bringen und diese an die Reichs-versicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf unter Angabe der genauen Personalien und des Namens des letzten Arbeitgebers einzusenden. Sie können jedoch auch später noch bei der Antragstellung auf Leistungen (Ruhegeld usw.) an genannte Stelle eingereicht werden.

Bergung von Kleingärten. Da hier das Gerücht verbreitet ist, es sollten Kleingärten den derzeitigen Pächtern entgegen und Kriegsinhabern und Kriegshinterbliebenen überlassen werden, sei aufgrund einer Mitteilung des Stadt-Rathes folgendes festgesetzt: Nach Beschluss des Stadtrats sollen bei dem neu zu erschließenden Gelände für Schrebergärten und Kleingärten Kriegsinhabern und sonstigen Inhabern, die min-destens eine auf 60% verminderte Erwerbsfähigkeit nachgewiesen haben, sowie Kriegshinterbliebenen in erster Linie berücksichtigt werden. Die schon bestehenden Gärten verbleiben selbstständig den derzeitigen Besitzern.

Christusliche. Am morgigen Sonntag nachmittags 5 Uhr findet ein liturgischer Jugendgottesdienst statt, zu dem die ganze Gemeinde eingeladen ist. Außer Frau Maria Gerss-heim, welche zwei Lieder von J. S. Bach singt, wird Herr Arno Landmann mit einem Orgel-Solo mit-

In der Anstaltskirche findet am morgigen Sonntag, abends 6 Uhr, eine liturgische Passionsandacht statt, bei der die Söhne ihre gütige Mitwirkung anzuwenden haben. Fr. W. E. Schmid (Sopran), unsere rühmlichst bekannte Konzertängerin, wird ein Rezitativ und Arioso von Händel, eine alte Passionsweise u. a. singen. Herr-Siegfried Rehbey (Cello), unter trefflicher Junger

Handel und Industrie.

Ost-Gallicische Petroleum-A.-G. in Mannheim.

Zunahme der Verkaufserlöse und zeitweiser vollkommener Unterbrechung der Verbindung mit der Grube v. zögerte sich die Einberufung der Generalversammlung, die am 24. März stattfand. Der Betrieb der Grube wurde in der Berichtsperiode durchweg, wenn auch unter den größten Schwierigkeiten und Aufwendung enorm hoher Kosten, aufrecht erhalten. Ein betriebliches finanzielles Ergebnis konnte unter diesen Umständen nicht erzielt werden, zumal da die Rohölpreise der stetig wachsenden Teuerung und der dadurch verursachten rapiden Steigerung aller Unkosten nur langsam und in nicht genügender Weise folgten. Auch trug die durch die politischen Verhältnisse und die inneren Wirren bedingte Unsicherheit dazu bei, ein ruhiges und planmäßiges Arbeiten zu verhindern, und damit einen rationalen weiteren Ausbau der Grube hinauszuzögern.

Das Berichtsjahr ergibt einen Verlust von M. 73.342, wodurch sich der Verlustsaldo auf M. 340.707 erhöht, welcher auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

In bezug auf den bei der Tochtergesellschaft Ostgalicische Petroleumgesellschaft m. b. H. entstandenen schwebenden Valutaverlust wird auf das im letzten Geschäftsjahr Gesagte verwiesen.

In der Bilanz sind aufgeführt: Aktiva: Dauernde Beteiligungen M. 2.170.990, Mobilien M. 1.—, Gewin- und Verlustkonto M. 549.707. Dem stehen an Passiven gegenüber: Aktienkapital M. 1.800.000, Kreditoren M. 835.943, Reservefonds Mark 84.754. Das Gewinn- und Verlustkonto enthält folgende Ziffern: Verlustvortrag M. 476.264, Handlungsunkosten M. 54.425, Zinsenkonto M. 46.321, Verlust aus Beteiligung M. 20.580, Diverse Mk. 47.984, Verlustsaldo M. 549.707.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 5. März. (Eig. Draht.) Auf dem Markte der Auslandspapiere gab die Meldung der „Evening Standard“ über eine internationale Anleihe zwecks Befreiung der Entente zur Regelung der Valutaverhältnisse Anlaß zu matter Haltung. Obwohl die Gerüchte von einer Milliardenanleihe verbreitet und scheinbar auch Ernst genommen wurden, so war der Kursdruck nur in einzelnen Papieren etwas stärker. Deutsch-Übersee-Elekt. verloren über 100%. Der Kurs schwankte zwischen 1280—1245. South West gaben 60% nach, 660.

Table with 4 columns: a) Staatspapiere u. Bankaktien, b) Bergbau und Eisenindustrie, c) Steinsalz-Industrie, d) Chem. u. elektr. Industrie, e) Sonstige Industriepapiere. Lists various companies and their stock prices.

Heimkehrerkurse. w. Berlin, 5. März. (Draht.) Die General-Militärkasse verbreitet; Kurs-Festsetzung für die besonderen Heimkehrerkurse: Shanghai 120, Shanghai-Doll. 90,1, Mexikaner Silberdollar 43,50. Die französischen Kautions-Bonds werden nicht mehr eingelöst.

Mannheimer Effektenbörse.

An der gestrigen Börse entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft in Aktien des Verein chem. Fabriken zu 435%, ferner in Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 1230, pro Stück, Württemberg. Transport-Vers.-Aktien zu 725,4 und Karlsruhe Nähmaschinen Haid u. Neu-Aktien zu 330%. Höher stellten sich noch Westereggen 725 G., Waggonfabrik Puch 325 G., Unionwerke 226 G., Zellstoffabrik Waldhof 368 G., (370 B) und Zuckerrabrik Waghäusel 305 G.

Wirtschaftliche Rundschau.

Schiffs- und Hafenverkehr in Mannheim. Seit dem 2. März ist die Schleppkraft nach dem Oberrhein genügend. Talschleppkraft ist gänzlich ausreichend. Die Umschlagbetriebe im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen sind vollauf beschäftigt, jedoch wird mit Nachlassen der Zufuhren ganz speziell aus Holland durch die dort eingetretenen Hafenstriks zu rechnen sein. Die Zufuhren von den Ruhrhäfen sind am Anziehen. Schiffsraum ist zurzeit immer noch gesucht.

Auf den neuen Halenschlepplohntrakt kommt ab 1. März ein Zuschlag von 50% und auf den noch bestehenden alten Halenschlepplohntrakt ein Zuschlag von 1200%. Der neue Talschlepplohntrakt ist inzwischen ausgegeben worden, dieser ist jedoch noch nicht in Kraft getreten. Auf den alten Talschlepplohntrakt kommt ein Zuschlag von 900%. Die Bergschlepplohntrakt nach dem Oberrhein sind in den letzten 14 Tagen ganz gewaltig in die Höhe gegangen. Der Schlepplohn pro Zentner nach Karlsruhe beträgt 1,10, nach Strassburg pro Zentner 2,50. Durch das momentane Überangebot der Schleppkraft nach dem Oberrhein wird wohl mit einer kleinen Senkung der Bergschlepplohntrakt zu rechnen sein. Die Bergschlepplohntrakt ab Ruhrhäfen nach Mannheim sollen in den letzten Tagen, da dort genügend Schleppkraft vorhanden ist, um 10% pro Tonne zurückgegangen sein. Die Tagesmiete bewegt sich heute zwischen 45—60 Pfg. pro Tonne und Tag.

Kontingentierung der Kaffee-Einfuhr.

Auf eine Anfrage des Hamburger Vereins der am Kaffeehandel beteiligten Firmen, die er nach Berlin über die beabsichtigte Behinderung der Kolonialwaren aus dem besetzten Gebiet gerichtet hat, wurde die Antwort erteilt. Unterstaatssekretär Hirsch habe zugesagt, die Bekanntgabe der Abänderungsverordnung zur Einfuhrverordnung hinauszuschicken. Der Wirtschaftsrat werde in aller nächster Zeit verhandeln. Die Regierung beabsichtige, den Kaffee zu kontingentieren und die Ware ohne Einfuhrschein zugunsten des Staates zu beschlagnahmen.

Kapitalerhöhung der Elsassisch-badischen Wollfabriken A. G. in Forst. Die Gesellschaft nimmt eine Erhöhung des bisherigen 2 Mill. M. Betragenden Grundkapitals um 1,5 Mill. M. vor. Außerdem soll die Verwaltung die Berechtigung erhalten, zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen bis zur Höhe von 2 Mill. M.

Konservenfabrik Joh. Braun A.-G. Pfeddersheim (bei Worms). Es wird beantragt, das Kapital von 1,1 Millionen auf 3,1 Mill. M. zu erhöhen durch Ausgabe von 1,9 Mill. M. Stammaktien und 100.000 M. Vorzugsaktien. Letztere sollen 7% Vorzugsdividende und 15fache Stimmrecht erhalten. Stamm-

und Vorzugsaktien werden von einem Konsortium (Führung Filiale der Pfälzischen Bank in Worms) übernommen. Die Stammaktien werden im Verhältnis von 3 alten 5 jungen den seitherigen Aktionären zum Kurse von 110% angeboten werden.

Armaturen- und Maschinenfabrik A.-G. vorm J. A. Hilpert in Nürnberg. Der Aufsichtsrat beschloß, der für den 31. März einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 1/2 auf 6 Mill. M. in Vorschlag zu bringen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis brachte, was bei den vorhandenen Auftragsbeständen und der riesigen Nachfrage nach den Erzeugnissen der Werke auch für 1920 erwartet werden kann.

Basler Bank in Basel. Der am 16. März stattfindenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 5% gleich im Vorjahre bei einem Reingewinn von 4,925 Mill. Fr. zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Personalien. Das Mannheimer Agentur- u. Kommissionsgeschäft der Metall-, Rohprodukten- u. Düngerbrennerei Moritz Maas wurde in Moritz Maas u. Co. umgewandelt. Die Firma wird von den seitherigen Inhabern, Herren Paul M. Maas und Alfred C. Reis in unveränderter Weise weitergeführt.

Neueste Drahtberichte.

Rückgang der Sparkasseneinlagen.

Berlin, 6. März. (Eig. Draht.) Das Ergebnis pro Januar weist einen Rückgang der Spareinlagen um 110 Mill. Mark auf, während im Januar 1919 und 1918 die Zunahme je 1250 Mill. M. betrug. Die Rückzahlungen, die also 110 Mill. M. höher waren, als die etwa 3 Milliarden M. betragenden Neueinzahlungen, werden auf dem steigenden Kapitalbedarf, auf Steuerpflicht und auf die Spekulationswut zurückgeführt.

Zur Zinszahlung für ungarische Staatspapiere.

Berlin, 6. März. (Eig. Draht.) Auf Anfrage in Budapest ist nunmehr den die ungarischen Anleihen führenden Berliner Großbanken die Mitteilung zugegangen, daß die Zinszahlung der ungarischen Staatspapiere unverändert nur auf in Ungarn verwaltete Anleihestücke ungarischer Staatsbürger beschränkt bleibt. Coupon von seit Oktober 1918 in Budapest wohnhaften Deutschen und neutralen Staatsbürgern, werden sofern die übrigen Vorbedingungen vorhanden sind, gegen Liquidation der betreffenden Konsulate ausschließlich bei der Budapestener Staatszentrale einlöslich. Laut einer am 28. Februar erschienenen Bekanntmachung des ungarischen Finanzministers werden von 1. März 1920 ab Zinsscheine folgender Anleihen eingelöst: Der 4%igen Märzrente von 1916, die 4 1/2%ige Amortisationsrente von 1914, der 5%igen vom 1. März 1917 und 5 Juli 1917 datierten Schatzscheine und der achten 5%igen Kriegsanleihe. Die Einlösung erfolgt unter den bisherigen Beschränkungen.

Anverkauf der Industrie.

Berlin, 5. März. (Eig. Draht.) Wie verlautet, hat die Großhandelsfirma Schäffer in Wien einen Teil ihrer österreichischen Fabriken an amerikanische Kapitalisten verkauft. Ferner schweben Verkaufsverhandlungen zwischen der Aktiengesellschaft Berville und Urban Schön und einer amerikanischen Gruppe.

Weitere Kapitalerhöhungen.

Berlin, 5. März. (Eig. Draht.) Die ordentliche Generalversammlung der Hoffmann Stärke Fabriken A.-G. in Bad Salzenfladen wird sich mit einem Verwaltungsantrag und Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals von 48 auf 8 Mill. M. befassen haben. Die neuen Aktien sollen ab 1. Januar 1920 gewinnanteilsberechtigend sein.

Die Aktiengesellschaft für Zinkindustrie vorm. Wilh. Grillo in Oberhausen beantragt eine Verdruppelung des Kapitals um 5 Mill. M.

Berlin, 5. März. (Eig. Draht.) Die Papier-Industrie A.-G. Berlin, beruft eine neue Generalversammlung ein, welche endgültig über die Liquidation des Unternehmens zu beschließen haben wird.

Pöpp u. Wirth A.-G. Berlin schlägt 20% Dividende gegen 12% im Vorjahre vor.

Waren und Märkte.

Ledermarkt. In Rindbox verhältnismäßig reiches Angebot 45—46 M pro am. Rollleder infolge Mangel an richtigem Oberleder brachtet bei erhöhten Preisen, so Rollboxleder jetzt etwa 24,50—25,50 M. Fahlleder mangelt sehr, 125—130 M pro kg. Bodenleder war stürmisch gefragt. Sohl- und Vachleder unter 130 M kaum mehr erhältlich, beste Gattungen 120 M. Angebot von Vachleder elassischer Herkunft laienst auf 17,50 Frs. pro kg. In Abfallleder war nur minderwertige Ware angeboten. Luxusleder ist ungewöhnlich stark gefragt; Lackvachleder bis 475 M der am. Rindvachleder bis 450 M. In Sattlerleder ständig geringes Angebot. Blankleder zwischen 130—140 M. Portulic-Fabriken suchten für sie geeignetes Ware selbst bei hohen Preisen. Simischleder ganz unzulänglich angeboten. Bandagenfabriken suchten Schaffleder in größeren Mengen.

Fellmarkt. Es herrschte beliebte Nachfrage nach Schaffellen bei Preisen um 30 M pro Pfund trockener und 21—24,50 M gesalzener Ware. Lamfell leichtverkäuflich zu 40 M das Pfund. Bei Ziegenfellen überboten sich die Sammler; über 300 M pro Stück mußte der Großhandel zahlen. Auch alle übrigen Felle waren lebhaft gehandelt und standen im Zeichen erhöhter Preise.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Table with columns: Pegelstation von Rhein, Datum, 1, 2, 3, 4, 5, 6, Bemerkungen. Shows water level data for various stations.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

- 7. März: Heiter, milde, nachts kalt.
8. März: Wolfig, Regen, nachts kalt, windig.
9. März: Wenig verändert.
10. März: Veränderlich, milde.
11. März: Wolfig, unangenehm, windig. Gerühwetter Stiebertage.
12. März: Wolfig, kalt, Stiebertage.
13. März: Regen verändert.

Witterungsbericht.

Table with columns: Datum, Barometerstand mittags 7 Uhr mm, Temperatur mittags Grad C., Lufttemperatur der Nacht Grad C., Niederschlag Liter auf den qm, Höchster Temp. des Vortages Grad C., Wind, Bewölkung. Shows weather data for several days.

Künstler, wie im Anbaurt enthält, von Würdigen und die Klein von L. von Gornis spielen. Ein Solus wird eine Kollektion zum Besten ungarischer Künstler erhoben werden. Mäder der Besuch im Hinblick auf den guten Zweck nicht zurück zu lassen.

Abmeldung. Dem Herrn. Schützen Josef Münggenier, K. u. K., wurde nachträglich das G. R. II. verliehen.

Vereinsnachrichten.

Der Gewerkschaftsbund v. z. Mannheims, Ortsverband Mannheim, veranstaltet am Mittwoch, 10. März im Rebenhause des „Kodensheimer“ eine Mitglieder-versammlung, die sich unter anderem auch mit der Reorganisation der Gewerkschaften beschäftigt werden. Außerdem werden die Begehren zu dem Betriebsrat in Verhandlung werden. Die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes werden auf diese Versammlung ausdrücklich aufmerksam gemacht. (Eig. Anzeig.)

Aus Ludwigshafen.

Aus der ersten Senats-Sitzung vom 4. März ist folgendes mitgeteilt: Der Entwurf der Senatskommission wurde antwortend. Die Kammerbeschleunigung wurde für den Bereich der Stadt Ludwigshafen hinsichtlich der Kammerbeschleunigung abgelehnt und die Sache nach dem Teuerungsvorstellungen entsprechend erhöht um etwa durchschnittlich 30 u. d. — Ein Antrag um Zulassung von Kraftwagenbesitzern wurde genehmigt. — Dem Antrag des Bürgervereins der Stadt Mannheim, wonach der Straßenbahnfahrpreis für die kleine Strecke (1—5 Tarifstellen) 50 Pfg., für 6 und 7 Tarifstellen 75 Pfg. und 8 und mehr Tarifstellen 1 M. betragen soll, wird zugestimmt; im übrigen bleibt der vom Stadtrat Mannheim und Ludwigshafen einstimmig angenommene erhöhte Tarif aufrecht erhalten und tritt am 15. März in Kraft. — In der sechsten Senats-Sitzung wurde vom Senat die Erweiterung genehmigt, vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrates.

Aus dem Lande.

Feuertage. In der Nacht vom 4. auf den 5. März hat die Feuerkatastrophe in der Stadt Mannheim, die die Dienstmädchen hatten in einem oberen Zimmer der Villa gebüht. Sie ist für einen Augenblick entzündet worden, nach dem Auslösen des Rauchschlusses, wodurch das Feuer entzündet, das alsbald den ganzen Dachstuhl in helle Flammen setzte. Die Feuerwehre konnte das Feuer eindämmen, doch ist der ganze Dachstuhl ausgebrannt. Das Haus der des Hausbesizers, es Jobstianien Hofmeister, konnte zum großen Teil in Sicherheit gebracht werden, doch ist durch das Wasser die Einrichtung sehr stark beschädigt worden. Der Schaden beläuft sich auf 70.000 Mark, der Schaden an den auf 100.000 Mark geschätzt. Die Besatzung der Gegendwehr und fünf Mann der freiwilligen Feuerwehr, die im Rahmen der Feuerwehr am 1. März im Feuer der Villa gebüht, sind am 1. März im Feuer der Villa gebüht. Die Besatzung der Gegendwehr und fünf Mann der freiwilligen Feuerwehr, die im Rahmen der Feuerwehr am 1. März im Feuer der Villa gebüht, sind am 1. März im Feuer der Villa gebüht.

Willingen, 6. März. Die Salze der ermordeten Ehefrau des Landwirts Huger ist nun in Mannheim abgeholt worden. Der Zustand der Leiche hat ein schmerzliches Bild. Man kann den Eindruck, daß die Leiche dem eigentlichen Tod schon vorausgegangen ist.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Zweibrücken, 3. März. In der letzten Schwurgerichtssitzung ereignete sich vor der Urteilsverkündung ein origineller Zwischenfall. Der Vorsitzende kam mit dem benutzten Tabakpfeife in den Gerichtssaal und ließ ihn unter der Hülse des Substituts, die Rauchwolke ausströmte, bis zum Präsidentensitz. Dort erlöste er zu seinem Schrecken das Versehen. Nachtrag er die Pfeife ins Beratungszimmer zurück.

Niedern, 2. März. Aus Anlaß der im Juni ds. J. bevorstehenden hundertjährigen der hiesigen evangelischen Kirche sind hier Bestrebungen im Gange, neue Kirchenbauten anzuschaffen. Behufs Erlangung der Mittel wird mit Genehmigung des Oberkonsistoriums diese Woche hier eine Hausammlung vorgenommen.

Worms, 3. März. Hunderttausend Mark Wohnung werden bemittelt. Die Firma Hirsch in Olfingen und das gestiftete Gut herbeischaffen kann. — Die Kaufleute Ernst Hehl und Gustav Friedrich aus Mainz trafen am Samstag in Schnellst. Pöpp mit ihrem Auto nach Mainz zurück. In einer scharfen Kur überließ sich der Wagen und bog die Insassen unter sich. Beide Herren wurden tödlich verletzt. Christ hat nach wenigen Augenblicken.

Sportliche Rundschau.

Hockey.

B. J. R. 1 — Hockey-Club Heidelberg 1:3:3.

Auf dem Platz des B. J. R. trafen sich die beiden führenden Vereine des Oberdeinstreifes am 28. Februar. Beide Mannschaften mit Erfolg, Heidelberg für die beiden Verteidiger, Mannheim für den Halbspieler und Halbkürer sowie rechten Flügel. Das Spiel beginnt in sehr schnellem Tempo, doch das ganze Spiel hindurch anhalt. Heidelberg Sturm spielt sehr schön zusammen und kann bald durch den Halbkürer ein Tor erzielen, aber kurz darauf gleicht Mannheims Mittelstürmer aus. Bis Halbzeit ist das Spiel dann ganz ausgeglichen. In den letzten Minuten gelang es dem Halbspieler des B. J. R. durch einen wundervollen Schuß, seinem Verein die Führung zu geben. Nach Halbzeit stellt B. J. R. ein Halbkürer und Mittelstürmer wecheln. Dadurch gewinnt die Mannheimer Sturmreihe leicht. Heidelberg drängt anfangs leicht, kann aber durch seine geringe Schußkraft und die gute Abwehr nichts erreichen. Bald wird das Spiel wieder ganz offen und B. J. R. gleich übermalt durch den Mittelstürmer aus. Auf und ab geht das Spiel. Heidelberg kann wiederum die Führung an sich ziehen. Wenige Minuten vor Schluß gelang dem Mannheimer Mittelstürmer ein Durchbruch und zum 3. Mal hat B. J. R. ausgeglichen. Bis zum Schlußspiel drängt Mannheim, ohne das Resultat ändern zu können.

Heidelberg Stärke liegt in der Sturmreihe, die im Feld wunderbar zusammenspielt, nur fehlt dem Mittelstürmer der gute Torfuß. Die Abwehrreihe war nicht sehr gut; der Mittelstürmer übertrug die Halbspieler wesentlich. Die Verteidigung war sehr reich und ständiger mit gutem Erfolg. Der Torwart blieb oft sehr gut, das 2. Tor hätte er vielleicht verhindern können. B. J. R. hatte seine besten Leute in der Hinterrangreihe und dem Mittelstürmer. Der Sturm spielte schön zusammen, der Erfolg konnte sich nur sehr schlecht zusammenfinden, doch der Mittelstürmer nicht die nötige Unterstützung fand. Der Einsatz war aber allerdings durch seine Berührung sehr behindert. In der Abwehrreihe war der linke, nach Halbzeit Rechte, sehr gut. Achtung vor als Mittelstürmer wie immer ausgezeichnet. Im Sturm fand er sich nicht gleich zurecht, aber er brachte dem Sturm den so sehr entzerrten Drang nach dem Tor, wobei die Sturmreihe nach Halbzeit bedeutend besser und energiegeladener spielte. Der rechte Flügel konnte, durch eine alle Berührung behindert, den meistens größten Teil des Spiels nur als Stützmann mitgehen. Sein Aussehen aber verdient volle Würdigung. Der rechte Verteidiger war ausgezeichnet, dagegen spielte der linke weit unter seiner sonstigen Form. Auch der Torwart, obwohl er manchmal glänzend spielt, hat schon öfter gefehlt. Im allgemeinen war das Spiel offen, wenn sich auch manchmal, eben durch das glänzende Spiel des Sturmes, ein leichtes Überlegenheit Heidelberg zeigte. Im Schlußspiel waren die Mannheimer aber gewaltiger. Das Spiel wurde sehr sehr durchgeführt, es war aber trotzdem nicht so schön, als das letzte der beiden Mannschaften, was sich wohl durch den Erfolg auf beiden Seiten erklären läßt, ebenso wie die Unruhe, die während des ganzen Spieles andauerte. H. W.

Fußball.

Waldhof-Sportplatz. Das interessante der Fußballspiele am kommenden Sonntag nachmittags, dürfte das Kräfte-Spiel zwischen B. G. 1909 Ludwigshafen und Sportverein 07 Waldhof sein.

Ohne Noten
lern. Erwauchs. in J. Alter in 2-3 Mon. statt
Klavierspielen
Nach 2-3 Stunden spielt man schon Lieder und
Tänze, nach 10 Uebungen christlichen Opern-
Operetten, Salonstücke usw. 532
Original-System von Musikdirektor P. A. Fay.
Kein Apparat, vollkomm. natürliches Klavierspiel.
Die Musik ist so vollständig und harmonisch,
dass sie in d. Klangwirkung dem Notenspielen
gleichkommt. Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Erfolgs-garant. Vorführ. durch die Vertretung
Mannheim K 1, 12 Friedrichsbrücke!
Uebungsgegenstände wird geboten.
Vertretung an allen grösser. Plätzen.
Neueste Titel: Fox-Trott, Boston,
Two-Step u. a. m.
Beste Referenzen

Schreinermeister
spezialisiert Fach
Indem Sie nur einen höchstens zwei Briefen,
in aller einfachster Form in Größe roh, innen
Buche roh, jedoch in guter Ausführung bei
Verwendung von gut getrocknetem Holz geliefert.
Schreibtische 140 u. 160 cm breit
Bettstellen 200/100 cm
Waschkommoden 105/55 cm
Nachmittische
alles ohne Glas.
Gemeine Angaben der Briefen unter gleich-
zeitiger Angabe, wo die Briefe u. wieviel umgel.
soll, werden geliefert. Umgeb. unt. „Schrei-
nereimittel C. M. 112“ a. b. Geschäftsstelle, 108

Einzel-Schreibmaschinen-Postkarte
mit anhängendem
Kopieblatt. Firma-
Ausdruck. Mit und
ohne gummierte
Adressklappe.
Für Ausland Größe:
9,5x14,8
Für Inland Größe:
10,7x15,7
Erste Porto-
sparende. Kein Aus-
wecheln der Kopien
aus der Registerkarte.
Verlangen Sie benutzerliche Offerte von der
Generalvertretung für Baden:
Heidelberger
Schreibmaschinen- und Bürobedarfs-Zentrale
Pistorius & Henn O. m. b. H.
Heidelberg, Neugasse 1, Tel. 2605.
Bestellungsverträge zu vergeben. 533

Effax Best. Schuhputz
Hochglanz-Schuhcrem „Effax“
Metallputz „Effaxol“
Bohnerwachs „Usofix“
Lederlett „Effax“
die führenden Marken.
Verlangen Sie Preisliste.
Fabrikanten: 6126
Chemische Fabrik Effax, Bensheim (Hessen).

Gemüsesamen
Sant-Erbsen und -Bohnen, Dickrüben, Kohlrüben
ia. Blauklee, Luzerne oder ewiger.
Deutscher Bockklee, Ersatzklee, Saatwicken etc.
Kleinsamen, Vogelfutter
Samenhaus **Constantin & Löffler**
Mannheim, F 1. 3, Breitstraße.
Versand nach auswärts. 2922a

Brennholz
(unrationiert) 3280
wird prompt frei vors Haus und frei
Keller geliefert. Decken Sie sich
reichlich ein, die Preise steigen in
den nächsten Tagen ziemlich.
Büglar & Co., G. m. b. H.
Kohlenhandlung
Karl Ludwigstrasse 28 30 (Tel. 4112)

Ratten, Feld- und Haus-Mäuse!
Radikale Ausrottung mittels Ruchen. Garan-
tiert: Eine Maus verendet in 1/2-1 Stunde, eine
Ratte usw. höchstens innerhalb 2-3 Stunden.
Unschädlich für Menschen und Haustiere. Ferner
zum Waschen. Diese Anweisungen. Ruchen-
Ruchen gegen Feld- und Hausmäuse: 1 St. 2.50,
3 St. 3.50, 6 St. 5.00, 12 St. 7.50, 24 St. 12.50.
Ruchen gegen Ratten, Hamster, Wildmäuse usw.: 1 St.
2.50, 3 St. 3.50, 6 St. 5.00, 12 St. 7.50, 24 St. 12.50.
Ruchen gegen Mäuse: 1 St. 2.50, 3 St. 3.50,
6 St. 5.00, 12 St. 7.50, 24 St. 12.50.
gegen Ratte ohne Ruchen.
OTTO KOCH, chem. Produkte
Karlruhe-Grünwinkel 93.
In allen Orten Vertreter gesucht. 2334

Interessengemeinschaft
Rheinische Creditbank, Pfälzische Bank
Mannheim Ludwigshafen a. Rh.
gegründet 1870 gegründet 1883
Aktienkapital Mk. 95.000.000 Aktienkapital Mk. 50.000.000
Reserven Mk. 18.500.000 Reserven Mk. 10.500.000
Zweigniederlassungen: 528
Pfälzische Bank,
Fillaie Mannheim, E 3 No. 16
Süddeutsche Bank,
Abteilung der Pfälzischen
Bank Mannheim, D 4 No. 9/10.
Depositenkassen:
Gontardplatz 8,
Schimperstrasse 2.
Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

GRIPPE
das fürchterliche Gespenst der Gegenwart bedroht Jung und
Alt. Das beste Vorbeugungsmittel ist das bekannte
HALOFORM
D. R. P. n.
(Jod. colloidal 14,0, Croc. mar. 16,0 Natr. chlor. ad. 100,0).
HALOFORM wirkt vorzüglich gegen
Schnupfen, Katarrhe, Grippe. Jährelang
anwendbar, einmalige Anschaffung Jeder
kann es in der kleinsten Tasche bei sich
tragen. Zu beziehen in Apotheken und
Drogerien oder durch alleinige Hersteller:
Pharmazeutische Gesellschaft Walter & Co.
Frankfurt a. M., Halsestr. 33 (E167) Telegrammadresse: Feilwalt.

Das Mannheimer
Adressbuch 1919
II. Teil
enthaltend Behörden und Vereine, Häuserbewohner-
und Gewerbe-Verzeichnisse, Nachrichten zum I. Teil, sowie
neuen Stadtplan und Gemarkungsplan in Mehr-
farbdruck.
S 270 Preis 13.50 Mark
kann in unserer Geschäftsstelle sowie durch alle Buch-
handlungen bezogen werden.
Verlag der Druckerei Dr. Haas
E 6. 2 (Mannheimer General-Anzeiger) E 6. 2

Rolladen-Reparaturen
übernehmen wir zur sofortigen Ausführung
durch geschulte Rolladen-Monteurs. 634
**Neu-Anfertigung von Holz-
und Stahlwellblech-Rolladen**
Beissbarth & Hoffmann Aktiengesellschaft
Tel. 1055 Mannheim-Rheinau Tel. 1055

Kleider-Reparatur-Werkstätte
„Rapid“
Inhaber: M. H. Haumüller jr.
D 2, 11 Tel. 5082 D 2, 11
Aufbügeln, Reparieren, Ändern
u. Wenden v. Auszügen, Palots u.
Kleider Neuverfertigung.

Kanal-Reinigungs-Institut
MANHHEIM-LUDWIGSHAFEN
Büro: Mannheim, Max-Josefstr. 7 | Büro: Ludwigshafen, Hauptstr. 21
Telephon 313, Vert.: A. Bauer | Telephon 52, S 25
Kanal-Reinigung in- u. auswärts. Kanal-Reparaturen
Beseitigung von Kanal- und Abfallverstopfungen
Beseitigung über Gullys — Desinfektionen.

Bücher-Revisionen
Prüfung von Bilanzen
sowie Neuauflagen, übernimmt versierter
Bücherrevisor und Treuhänder, gerichtl. Sach-
verständiger, Steuererklärungen, la. Referenzen.
Oscar Möller, Mannheim.
Emil Heckelstraße 6. 2030

Kauf-Gesuche
Alt-Papier
(Briefschaften, Akten, Geschäftsbücher, Zeitungen,
Kataloge) kauft jede Menge. 6041
Linck & Cie., Mannheim
Telephon 2933 — Dralstr. 43
Auf Wunsch erfolgt Abholung
würde sofort ein bekanntes 6188

Detail- oder Engros-Geschäft
Möblich erwerben, ebenfalls mit Haus. Hohe An-
zahlung. Best. Angebote unter N. G. R. 10347
an **Ala-Haasenstein & Vogler,**
Mannheim.

Moderne herrlich gelegene
4 Zimm.-Wohnung in Weinheim
999m 3326
5-6 Zimmer-Wohnung
in Mannheims bester Lage
zu tauschen gesucht.
Umzug wird verehrt. Angebote an „Cosm“
Elektr.-Gesellschaft, Generalvertretung Mannheim.

Wohnungsnot!
Familien, die in Mannheim oder
Umgebung ein eigenes Heim zu
erbauen beabsichtigen, wenden sich sofort
unter X. X. 123 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes. 3186

BÜRO
3-4 in sich abgeschlossene
Räume in nur guter Verkehrs-
lage per sofort oder später
gesucht. Angebote unter
Y. A. 76 an die Geschäfts-
stelle ds. Blattes. 26429

Büro-Räume
insgesamt mindestens 100 Quadratmeter
von Aktiengesellschaft auf L. Juli d. 36.
gesucht
möglichst innerhalb des Rings. 3278
Best. Angebote unter V. Q. 141 an
die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

2-3 leere Zimmer
für Geschäftszwecke in zentraler Lage baldigst
zu mieten gesucht.
Best. Angebote erbeten unter R. M. 780 an
Hudolf Hoff, Mannheim. 626

Wohnung
Wer tauscht
3 Zim.-Wohnung
patentes oder hinterhaus
liegend gegen 2 Zimmer
in besserer Lage. 2073
Angebote unter V. S. 143
an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch!!
Größe 2 Zimmer-Wohnung
mit Bad in Wangen geg.
2-3 Zimmer-Wohnung
in Mannheim zu tauschen
geht. 26373
Angebote unter X. H. 58
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junges Tischler,
27 Jahre alt, sucht
Zimmer u. Küche
übern. Hausverwalt. mit
fam. Reparaturen.
Angeb. u. Z. D. 3 an
die Geschäftsstelle 26499

Möbl. Zimmer
ungeföhrt, von auswärts
gehört am liebsten.
1-2 Tage in nur ruhigen
Haus gesucht. 26428
Angebote unter V. B. 77
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Dipl.-Ingenieur, ruh.
Wieder, sucht sofort led.
möbl. Zimmer
(Zustimmung des Woh-
nungsamtes über. 2
Zimmer frei wird.) An-
gebote unter X. L. 81 an
die Geschäftsstelle. 26392

Wohnungstausch
schöne 2-Zim.-Wohnung
geg. 4er. 3 Zim.-Wohnung
zu tauschen gesucht. Ang.
u. Y. L. 85 an die Ge-
schäftsstelle. 26451

Flüchtlingsfamilie
4 Personen sucht
4-5 Zimmer-Wohn.
Dringlichkeitsart. vor-
handen. Angebote unter
Y. Q. 11 an die Geschäfts-
stelle ds. Bl. 26442

Tausche schöne
2 Zimm.-Wohnung
u. Küche (Schw. Vorh.)
gegen 3 Zimmer u.
Küche. Zulgr. u. K. 1154
u. Mannheimer Gen.-Anz.
Zweiglied. Reppertstr. 43
26444

2 Zimmerwohnung in Ludwigshafen
gegen ebensolche in Mann-
heim zu tauschen
gesucht. 26375
Angebote unter X. K. 60
an die Geschäftsstelle.

Laden
für Friseurgeschäft
gelegen, baldigst zu mien-
ten gesucht. Angeb. unt.
W. V. 40 a. b. Geschäfts-
stelle ds. Blattes. 26346

Lagerplatz
für Friseurgeschäft
gelegen, baldigst zu mien-
ten gesucht. Angeb. unt.
W. V. 40 a. b. Geschäfts-
stelle ds. Blattes. 26346

Haut-, Blasen-, Frauenleiden
(ohne Quecksilber,
ohne Eiterspitzung),
Blas-, Uro-Unter-
suchungen
Aufklärende Broschüre No. 56 diskret
versch. Mk. 2.50 (Nachnahme).
Spezialarzt Dr. med. Kollaender
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegen-
über Frankfurter Hof. Tel. H. 6934. 210
Täglich 11-1, 5-7 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

Kohlennot und Gassperre
vertieren Ihre Schreden für Sie,
wenn Sie sich für Ihre Küche einen
Grude-Ofen
erschaffen! Er ist das geldgemäße
Rüchermittel, indem er heizt,
backt, kocht, bräut
ohne Kohlen bei gering. Tag u. Nacht!
Im Betriebe bei 571
Jean Hebel, Maerlachstrasse 31, I.

KLEINE ANZEIGEN
Stellen-Angebote und -Gesuche, Klassen-
An- und -Verkäufe, Vermietungen und
Kauf-Gesuche, Kauf-Gesuche, sowie
Verkauf-Anzeigen aller Art usw. usw.
finden durch den
Mannheimer General-Anzeiger
mit seinem bedeutenden Anzeigenteil
und als der in Mannheim und nächster
Umgebung gelesesten Zeitung
die größte Verbreitung.
5271

Geldverkehr
28 000 Mk.
an 2. und 3. Stelle auf
gutes Geschäftsbüch. ge-
sucht. unter Z. B. 1 an d.
Geschäftsstelle. 26493
Von Selbstgeber gegen
gute Sicherheit 26450
5000 Mk.
zu leihen gesucht. Ang.
unter X. Z. 75 an die
Geschäftsstelle ds. Bl. erbet.

12-15000 Mk.
auf H. Hypothek zu leihen
geht. 26521
Angeb. unt. Z. K. 9 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche 20000 Mk.
i. Hypothek
auf gut rentables Ge-
schäftsbüch. mitte Stadt.
Für Selbstverpflichtungen
wollen Angebote ein-
reichen unter X. S. 65 an
die Geschäftsstelle. 26411

Vermischtes
Blauer Fuchs-Pelz
vom Koffer Stern im A 3
u. B 3 von Flüchtlingen
verloren. Abzugeben ge-
bührl. Befehl. Frau Kath.
Vortingstr. 27, III. 2004

Schnauzer (Rüde)
angekauft gegen Futter-
kosten und Einrichtungs-
gebühr bei 2109
Bernhard Jost
Weinheim a. d. B., Güter-
traße.

Lampen
für Gas u. Elektrizität
in allen Preislagen. (Ger.
Peter Sacher, L. 6, II.)

Damen
find. in bell. Frau. Ent-
sch. Heim, streng diet. Auf-
nahme. Frau R. Bögner-
hausen, Anlagen 6, Darm-
stadt, Wachenstr. 75.

Heirat
Biele vom. Dam. wünsch.
sich bald glückl. zu verheir.
herr. wenn auch ob. Verm.
erhöht. l. Ausf. durch
Union Berlin, Vohmsstr. 37.
26497

Ernstgemeint!
Witwer, fast 50 Jahre,
ledig, mit 4 Kindern im
Alter von 6, 6, 7, 8 J.
möchte sich wieder mit
einem braven led. Fräul.
im Alter von 30-40 J.,
am liebsten vom Lande
verheiraten. Das
leide mich näher können.
Gimes Erpart. erwünscht,
jedoch nicht erforderlich.
Zufchriften unter X. O. 64
an die Geschäftsstelle
dieses Blattes. 26388

Verlobte
Möbel
am besten u. vorteil-
haftesten bei
Lippmann
Nachf. — F 2, 8.

Heirat
bekannt werden. 26448
Zufchrift. u. Y. J. 83 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Beamter, 27 Jahre, ev., große hässliche
Erziehung, in geregelten Verhältnissen, bei
alleinensmüde, wünscht zweis. 26450

EHE
gut erzog. gebild. bürgerl. Mädchen, welche
Belang zur Gründung eines gemis. u. glück-
lichen Heims besitzt, lernen zu lernen. 2118
ist nicht erzieht. P.aktion angestrich.
Kannam Begierford. Best. Zufchriften öff.
erbeten unter V. M. 86 an die Geschäftsstelle.

